



BERLIN



Städtebauliches Dialogverfahren
zum Bildungs- und Erinnerungsort

Checkpoint Charlie

Inhalt

7 VORWORT

8 ANLASS UND ZIELE DES DIALOGVERFAHRENS

- 8 Kontext des Dialogverfahrens
- 11 Bedarfsformulierung Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie
- 13 Ziele des Dialogverfahrens

15 DER PROZESS DES DIALOGVERFAHRENS

- 15 Das Beteiligungskonzept
- 16 Die Veranstaltungen
- 18 Der inhaltliche Prozess

21 DIE LEITLINIEN

- 22 1. Bildungs- und Erinnerungsort
- 24 2. Städtebau und Freiraum
- 26 3. Neubaufassaden
- 28 4. Denkmalschutz
- 30 5. Verkehr

33 AUSBLICK

35 FOTODOKUMENTATION

57 ANHANG

- 58 Gremien
- 60 Schlüsselthemen
- 68 Checkliste
- 70 Die Szenarien
- 72 Die Varianten

Vorwort

Der ehemalige westalliierte Grenzkontrollpunkt Checkpoint Charlie und die ehemalige Grenzübergangsstelle Friedrichstraße/Zimmerstraße bilden einen Ort der Kontraste mit besonderer Bedeutung für Berlin, Deutschland, Europa und darüber hinaus. Hier soll ein ebenso aussagekräftiger wie kraftvoller, internationaler Erinnerungsort geschaffen werden, der Wissen und Dialog verbindet: Ein Ort für alle, der Raum für die Vermittlung von historischem Wissen bietet, aber auch für die Diskussion aktueller Fragestellungen zu Freiheit und Demokratie sowie zum Ost-West-Konflikt.

In dem zeitlich kompakten und fachlich komplexen städtebaulichen Dialogverfahren zum Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie wurden Leitlinien für die städtebauliche Entwicklung erarbeitet. Über partizipative Dialogformate flossen die unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse vieler beteiligter Akteur*innen ein. Neben der verwaltungsübergreifenden und transdisziplinären Zusammenarbeit von Fach- und Sachberater*innen sowie Betroffenen, waren auch Bürger*innen herzlich eingeladen, sich konstruktiv in die Debatte einzubringen.

Mit den nun im Konsens erarbeiteten, vorliegenden Leitlinien wurden die gestalterischen Parameter für einen sehr bedeutenden und weltweit bekannten Raum geschaffen. Dieser kann der einmaligen Geschichte des ehemaligen westalliierten Grenzkontrollpunkts Checkpoint Charlie und der ehemaligen Grenzübergangsstelle Friedrichstraße/Zimmerstraße sowie dessen künftiger Rolle als Bildungs- und Erinnerungsort gerecht werden. Hier kann sich ein ansprechender Erinnerungsort mitten in der Stadt entwickeln, der über eine Aufenthaltsqualität verfügt und zugleich der Geschichte des Ortes gerecht wird.

Prof. Petra Kahlfeldt,
Senatsbaudirektorin und Staatssekretärin für Stadtentwicklung

Anlass und Ziele des Dialogverfahrens

Im Prozess sollten Leitlinien entwickelt werden, um dauerhaft eine qualitativ hochwertige und historisch angemessene Gestaltung des Bildungs- und Erinnerungsortes umsetzen zu können.

Kontext des Dialogverfahrens

RAHMENBEDINGUNGEN

Der ehemalige westalliierte Grenzkontrollpunkt Checkpoint Charlie und die damit im Zusammenhang stehende ehemalige Grenzübergangsstelle Friedrich-/Zimmerstraße (im Folgenden kurz: Checkpoint Charlie) – zählen heute zu den international bekanntesten Orten Berlins und ziehen jährlich mehr als 4 Millionen Besucher*innen an.¹ Während der Teilung Berlins zwischen 1961 und 1990 befand sich an diesem Ort eine der insgesamt sieben Grenzübergangsstellen zwischen Ost- und West-Berlin. Die nach dem Fall der Mauer entlang der Friedrichstraße geplante Blockrandschließung wurde bis heute nicht vollständig realisiert. Daher befinden sich in der historischen Stadtstruktur der Friedrichstadt brachliegende Grundstücke beiderseits der Friedrichstraße. Ein konkretes Investoreninteresse im Jahr 2015 führte im Jahr 2016 zur Aufstellung des Bebauungsplans 1-98. In diesem Zusammenhang wurden 2018 das Beteiligungsverfahren „Zukunft Checkpoint Charlie“ und ein parallel dazu organisiertes städtebauliches Workshopverfahren unter den damaligen Rahmenbedingungen durchgeführt. Im Jahr 2020 wurde der Bebauungsplan 1-98 auf Grundlage der Erkenntnisse dieses Prozesses durch den Senat festgesetzt. Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung im Bebauungsplan wurden so gewählt, dass ein gestalterischer Freiraum für die Umsetzung des Bildungs- und Erinnerungsortes verbleibt. Daraus resultieren städtebauliche Fragestellungen, welche der Bebauungsplan nicht abschließend regelte. Diese galt es im Zuge eines städtebaulichen Dialogverfahrens zum Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie im Jahr 2022 zu klären.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Durch die Festsetzung des Bebauungsplans 1-98 besteht Baurecht auf den Grundstücken am Checkpoint Charlie. Der Bebauungsplan setzt neben urbanen Gebieten mit gemischter Nutzung mit einem hohen Wohnanteil zudem westlich einen öffentlichen Stadtplatz und östlich eine Gemeinbedarfsfläche zur Realisierung eines Bildungs- und Erinnerungsortes fest, um so der historischen und erinnerungskulturellen Bedeutung des Ortes Rechnung zu tragen.

Das Land Berlin hat mit einem Investor einen Kaufvertrag über die im Bebauungsplan 1-98 öffentlich festgesetzten Grundstücksteilflächen abgeschlossen. Im Kaufvertrag für die privat verbleibenden Teilflächen des Investors ist festgehalten, dass:

- für die privat verbleibenden Teilflächen des Ostgrundstücks ein Realisierungswettbewerb durchgeführt werden soll,
- für das private Bauvorhaben auf dem Westgrundstück die Beratung durch das Baukollegium vorgesehen ist.

Für den künftigen Bildungs- und Erinnerungsort auf den öffentlichen Teilflächen sieht das Land Berlin ein Wettbewerbsverfahren vor.

Vgl. Besucher*innen- und Potenzialanalyse Checkpoint Charlie für die Stiftung Berliner Mauer, Marktforschung Hopp, 8. August 2019

HISTORISCHE RELEVANZ

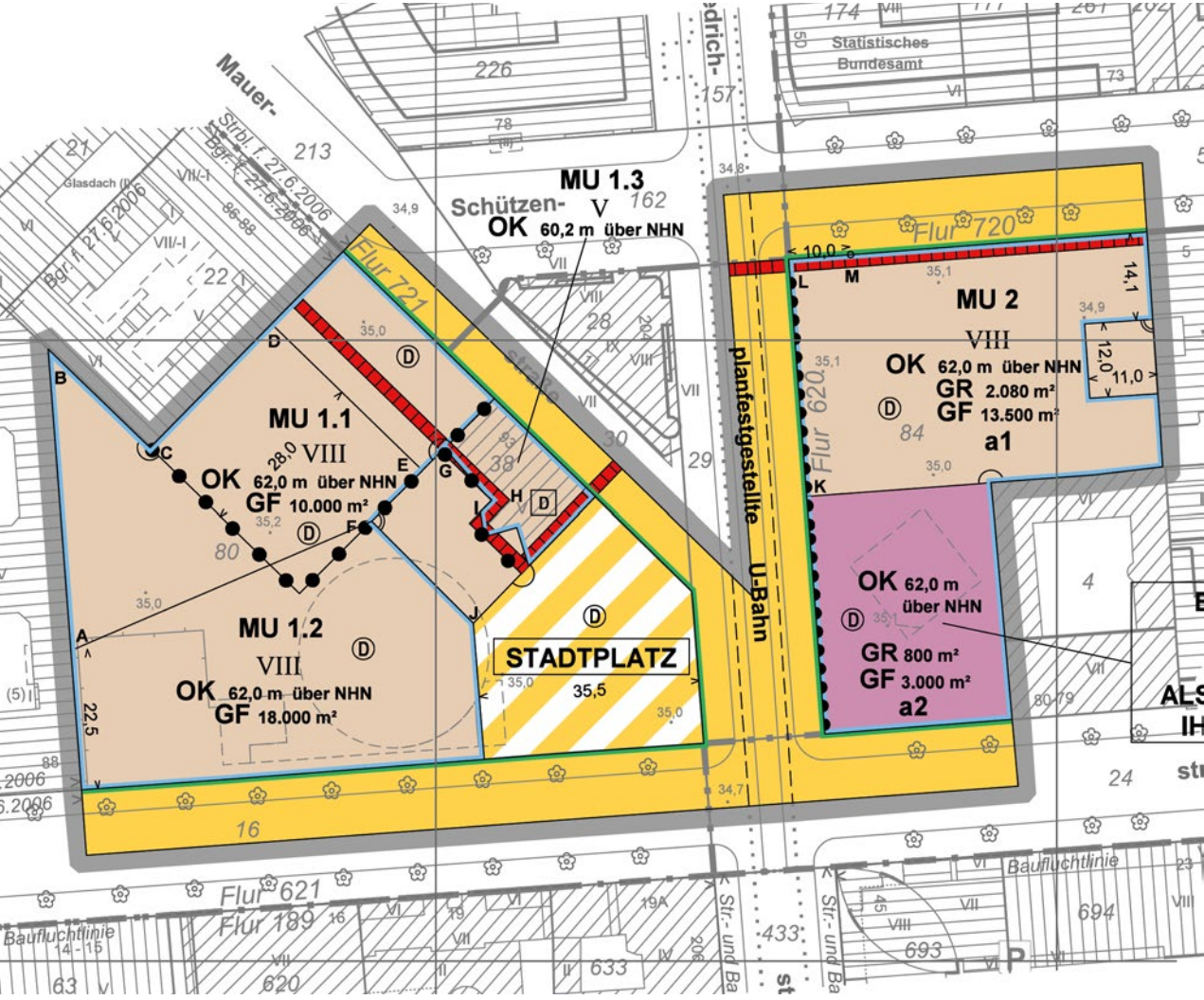
Die Berliner Mauer und ihre ehemaligen Grenzübergänge sind nicht nur ein Berliner, deutscher und europäischer Erinnerungsort, sondern ein Ort, der die Konfrontation der Weltmächte im Kalten Krieg symbolisiert. Was Berlin fehlt, ist ein Ort im Zentrum der Stadt, der an diese Konfrontation erinnert, sie veranschaulicht und einordnet. Für den Bereich am Checkpoint Charlie wurde im Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer von 2006 deshalb vorgeschlagen, einen Bildungs- und Erinnerungsort zu schaffen, der den Grenzübergang an der Friedrichstraße und die Berliner Mauer in ihren weltpolitischen Bezügen darstellt und die historischen Spuren sichtbar macht.²

Dabei sollten insbesondere Aspekte von Erinnerung und Bildung, von Städtebau und Freiraum, sowie von Denkmalpflege, Neubaufassaden und Verkehr beachtet werden.

POLITISCHE BEDEUTUNG

Laut Koalitionsvertrag 2021 „wird das diskursive Verfahren für die Gestaltung des Checkpoint Charlie fortgeführt“.³ Unter Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplans 1-98 und unter Berücksichtigung der vorangegangenen Erkenntnisse aus dem Beteiligungs- und dem städtebaulichen Workshopverfahren von 2018 sollte dafür ein städtebauliches Dialogverfahren durchgeführt werden.

Abb. 1: Bebauungsplan 1-98.
MU: Urbanes Gebiet,
gelb: Straßenverkehrsflächen,
gelb-weiß gestreift: Stadtplatz,
dunkelviolett: Gemeinbedarf.



Bedarfsformulierung Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie

Der Bereich am Checkpoint Charlie bedarf eines Bildungs- und Erinnerungsortes, der den Grenzübergang in der Friedrichstraße und die Berliner Mauer in ihren weltpolitischen Bezügen darstellt und die historischen Spuren sichtbar macht. Dabei sind Aspekte des Städtebaus, der Denkmalpflege, des Freiraums, des Verkehrs und des Tourismus zu beachten, um dem komplexen Kontext gerecht zu werden. Im planerischen Fokus des städtebaulichen Dialogverfahrens stand der gestaltbare öffentliche Raum mit den im Bebauungsplan ausgewiesenen Flächen für den Stadtplatz und Gemeinbedarfsflächen sowie den Straßen, Fassaden und Übergängen der angrenzenden Grundstücke.

Für das städtebauliche Dialogverfahren hat die Stiftung Berliner Mauer (im Folgenden kurz: SBM) eine erste Bedarfsformulierung für den Bildungs- und Erinnerungsort erarbeitet. Die Vorstellung der Stiftung geht von einem Informationszentrum mit einer Nutzungsfläche von ca. 900 m² in Kombination mit einer Außenausstellung auf einer Fläche von etwa 1.200 m² aus. Diese erste Bedarfsformulierung wird in einem kulturfachlichen Dialogverfahren und im Rahmen der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Entwicklung des Ortes weiter qualifiziert.

Gesetzlicher Auftrag der SBM ist es, die Geschichte der Berliner Mauer und der Fluchtbewegungen aus der Deutschen Demokratischen Republik als Teil und Auswirkung der deutschen Teilung und des Ost-West-Konflikts im 20. Jahrhundert zu dokumentieren und zu ermitteln, sowie deren historische Orte und authentische Spuren zu bewahren und ein würdiges Gedenken der Opfer zu ermöglichen. Sie vereint fünf historische Orte: die East Side Gallery, die Erinnerungsstätte Notaufnahmелager Marienfelde, die Gedenkstätte Berliner Mauer, die Gedenkstätte Günter Litfin und das Parlament der Bäume. Es handelt sich um zentrale Orte der Erinnerung an die Teilung Berlins und Deutschlands. Vor diesem Hintergrund wurde die SBM im Jahre 2016 vom Land Berlin beauftragt, die inhaltliche Vorbereitung eines Bildungs- und Erinnerungsortes am ehemaligen Grenzübergang Friedrich-/Zimmerstraße der DDR - allgemein geläufig als Checkpoint Charlie - vorzubereiten. Der Bildungs- und Erinnerungsort soll ein Ort der Dokumentation sein, der den Grenzübergang an der Friedrichstraße und die Berliner Mauer in ihren weltpolitischen Bezügen darstellt. So wurde es bereits 2006 im Gesamtkonzept zur

Erinnerung an die Berliner Mauer verankert. Die SBM formuliert folgende Hauptziele für das Vorhaben:

- Mauerort: Wir wollen den historischen Ort lesbar machen.
- Schauplatz des Kalten Kriegs: Wir wollen an diesem Ort den Kalten Krieg als internationale Dimension der Mauer thematisieren, Bezüge zu anderen Schauplätzen des Kalten Kriegs herstellen und lokale Erfahrungswelten mit den Erfahrungswelten der Menschen in anderen Ländern verknüpfen.
- Raum für Dialog und Debatte: Wir wollen einen Ort des offenen Austausches und der Debatte entstehen lassen.
- Lernort: Mit einer vielseitigen historisch-politischen Bildungsarbeit soll eine intensive Auseinandersetzung mit dem Ost-West-Konflikt ermöglicht werden.

Erfahrungen auf den beiden temporär genutzten Freiflächen am ehemaligen Checkpoint Charlie zeigen, dass sie stark von Einzelbesucher*innen sowie Gruppen frequentiert werden (z. B. Stadtführungen zu Fuß oder mit dem Rad, Bus-Reisegruppen), sowohl von Schüler*innen- als auch von Erwachsenengruppen. Für die zukünftige Gestaltung des Erinnerungsortes ist es deshalb unerlässlich, eine ausreichende Freifläche zur Verfügung zu stellen, um in den Stoßzeiten Ausweich- und Sammelmöglichkeiten für die Gruppen zu bieten und zugleich Aufenthaltsqualität auch für Einzelbesucher*innen zu schaffen. Bei dem neu gestalteten Bildungs- und Erinnerungsort sollen Außenausstellung und Funktionsbau wie folgt zusammenwirken: Als Dauerausstellung nimmt die Außenausstellung den historischen Ort in den Fokus und arbeitet stark mit großformatigen Fotos (u. a. an Brandwänden) als visuelle Reize und mit Text-Bild-Stelen sowie Medienstationen (Audios, Videos, Animationen etc.) als Informationsträger. Die Außenausstellung erklärt auch die wenigen verbliebenen baulichen Überreste „in situ“ sowie die fragwürdigen Rekonstruktionen und macht die getilgten historischen Spuren des ehemaligen Grenzübergangs „sichtbar“. Sie erstreckt sich auf den Flächen der Gemeinbedarfsfläche und des Stadtplatzes sowie im öffentlichen Straßenland entlang der (idealerweise verkehrsberuhigten) Friedrichstraße im Bereich des ehemaligen Grenzübergangs zwischen Krausen- und Kochstraße. Ein hochwertiger Funktionsbau – mitunter

Vgl. Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer, die Linke, 2006
³ Berliner Koalitionsvertrag, SPD; Bündnis 90 die Grünen; die Linke, 2021

zum Teil unterirdisch – soll als Informationszentrum dienen. Dieses soll eine Ausstellungsfläche, Veranstaltungs- bzw. Seminarräume und sanitäre Anlagen für die Besucher*innen bieten. Wünschenswert wäre eine Aussichtsterrasse auf oder an dem Gebäude, die der inhaltlichen Vertiefung sowie der Entlastung der Freifläche dient und mitunter auch unabhängig von der Öffnungszeit des Gebäudes öffentlich zugänglich ist. In dem Gebäude sind zudem Büroräume für die Mitarbeiter*innen des Erinnerungsortes untergebracht sowie diverse Nebenflächen. Auf der Ausstellungsfläche sollen wechselnde Ausstellungen (ein bis zwei pro Jahr) verschiedene Themen und Schauplätze des Kalten Kriegs in den Blick nehmen, aktuelle Diskurse zum Kalten Krieg und dessen Folgen aufgreifen und so der Bandbreite des Phänomens annähernd gerecht werden. Auf diesem Wege können Kommunikationsräume, eine multiperspektivische Auseinandersetzung und Partizipation ermöglicht werden. Die stetig wechselnden Angebote dürften den Erinnerungsort zudem auch für die Berliner Bevölkerung wieder attraktiver machen.

Abb. 2: Planungs- und Betrachtungsraum



Ziele des Dialogverfahrens

RÄUMLICHER UMGRIFF

Das Dialogverfahren konzentrierte sich auf die Bereiche der ehemaligen Grenzübergangsstelle Friedrichstraße der DDR und des westalliierten Grenzkontrollpunkts Checkpoint Charlie; beiderseits entlang der Friedrichstraße zwischen Kochstraße und Krausenstraße. Im planerischen Fokus stand der gestaltbare öffentliche Raum mit den im Bebauungsplan ausgewiesenen öffentlichen Flächen für den Stadtplatz und die Gemeinbedarfsfläche sowie die Straßen, Fassaden und Übergänge der angrenzenden Grundstücke.

ZIEL DES DIALOGVERFAHRENS

Ziel des Dialogverfahrens war eine Klärung der noch offenen städtebaulichen Fragen, welche der Bebauungsplan nicht abschließend definiert hat (z.B. den Anbau des Gebäudes für den Bildungs- und Erinnerungsort an die nördlich angrenzende Wohnbebauung). Im Dialogverfahren wurde untersucht, was erforderlich ist, um dauerhaft eine qualitativ hochwertige und dem historischen Ort angemessene Gestaltung des Bildungs- und Erinnerungsortes umsetzen zu können. Die so entstandenen städtebaulichen Leitlinien aus dem Dialogverfahren sollen für mögliche spätere Planungsverfahren für die Grundstücksteile im privaten Eigentum sowie für den Bildungs- und Erinnerungsort eingehalten werden.

Mit dem städtebaulichen Dialogverfahren wurden insbesondere folgende Ziele verfolgt:

- Identifizierung und Klärung offener städtebaulicher Fragestellungen, einschließlich der Betrachtung von Freiraum und Verkehr, im Betrachtungsraum um den Checkpoint Charlie,
- Erarbeitung der gestalterischen Leitlinien für den Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie anhand von grundsätzlichen städtebaulichen Varianten,
- Formulierung von Empfehlungen für die städtebauliche Entwicklung mit thematischem Schwerpunkt auf dem Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie westlich und östlich der Friedrichstraße,
- Ableitung und Festlegung von städtebaulichen Rahmenbedingungen für weitere Verfahren,
- Aufzeigen von städtebaulichen Lösungsansätzen für das Planungsgebiet, insbesondere auch für die Übergänge zwischen dem öffentlichen Raum und dem angrenzenden Gebäude,
- Sicherstellung von Rahmenbedingungen für eine hohe Wohnqualität für den privaten Wohnungsbau östlich der Friedrichstraße unter Wahrung der Interessen des Bildungs- und Erinnerungsortes Checkpoint Charlie,
- Berücksichtigung des jeweils aktuellen Planungsstandes des privaten Bauvorhabens westlich der Friedrichstraße, dessen Entwicklung und Qualifizierung durch das Baukollegium Berlin begleitet wird,
- Angemessene Berücksichtigung der Ergebnisse des Partizipationsprozesses sowie des städtebaulichen Werkstattverfahrens 2018,
- Beteiligung der Öffentlichkeit und aller wichtigen Akteur*innen,
- Herstellung eines möglichst breiten Konsenses für das weitere planerische Vorgehen und dessen Voraussetzungen.

Der Prozess des Dialogverfahrens

Im Rahmen des Verfahrens ist es gelungen, die unterschiedlichen Beteiligten mit ihren Perspektiven zusammenzubringen. Die Leitlinien sind das Ergebnis eines fairen Aushandlungsprozesses mit einer gemeinsamen Verständigung.

Das Beteiligungskonzept

KOORDINATION UND FACHLICHE BEGLEITUNG

Der Erfolg des Dialogverfahrens zum Bildungs- und Erinnerungsort lag darin, die oben eingeführten städtebaulichen Diskussionen im fachlich anspruchsvollen Rahmen mit Expert*innen und der interessierten Berliner Stadtgesellschaft zu führen. Ziel des Dialogverfahrens war es, bis zum Ende des Jahres 2022 verbindliche städtebauliche Eckpunkte zu erarbeiten, die nun als Basis für weitere Planungsverfahren dienen.

In der Konsequenz der Wiederholungswahl am 12.02.2023 gab es einen Regierungswechsel in Berlin, weshalb in der vorliegenden Dokumentationsbroschüre die Bezeichnungen und entsprechenden Abkürzungen der Senatsverwaltungen bis zu diesem Zeitpunkt genutzt werden.

Die Vorbereitung und Umsetzung des Dialogverfahrens erfolgte durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (im Folgenden kurz: SenStadt). Unterstützt wurde sie dabei durch die Zebalog GmbH und das Planungs- und Architekturbüro TSPA.

Die Auswahl des inhaltlich arbeitenden Planungsteams erfolgte über einen öffentlich ausgeschriebenem Teilnahmewettbewerb. Das Planungsteam setzte sich aus den Disziplinen Architektur (Heide & von Beckerath, Berlin), Landschaftsarchitektur (Atelier Miething, Paris) sowie Stadt- und Verkehrsplanung (MLA+, Rotterdam) zusammen. In der Analysephase arbeitete das Planungsteam mit dem Fotografen Andrew Alberts zusammen und entwickelte für den Prozess Szenarien und städtebauliche Varianten auf Basis der Diskussionen in den öffentlichen Veranstaltungen und Gremien.

Im Rahmen des Dialogverfahrens wurden fünf relevante Beteiligungsgruppen definiert: das Entscheidungsgremium, die externe Fachberatung, das Beratungsgremium, die interessierte Öffentlichkeit und die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe. Im Folgenden werden die Gremien und ihre Rollen kurz dargestellt.

ENTSCHEIDUNGSGREMIUM

Das Dialogverfahren wurde durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen des Landes Berlin koordiniert. Der Fokus des Dialogverfahrens lag neben städtebaulichen auch auf kulturfachlichen Fragestellungen. Das Entscheidungsgremium, das die Leitlinien Ende des Jahres 2022 im Konsens beschlossen hat, bestand aus:

- der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen,
- der Senatsverwaltung für Kultur und Europa,
- der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz,
- dem Landesdenkmalamt Berlin,
- der Stiftung Berliner Mauer,
- der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien,
- dem Bezirksamt Mitte sowie
- dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg.

EXTERNE FACHBERATUNG

Die externe Fachberatung sicherte die städtebauliche und kulturfachliche Qualität des Verfahrens ab. Dafür wurden vier externe Fachberater*innen aus verschiedenen Disziplinen – Architektur, Landschaftsarchitektur, Stadt- und Verkehrsplanung sowie Kultur – eingeladen, wobei ein Mitglied des Baukollegiums Berlin vertreten war. Die Auswahl der Personen erfolgte durch die SenStadt. Die Fachberater*innen nahmen an den öffentlichen Veranstaltungen und der Planungswerkstatt teil und brachten darüber ihre Fachexpertise ein.

BERATUNGSGREMIUM

Das Beratungsgremium sollte möglichst heterogene Perspektiven in das Dialogverfahren einbringen und bestand deshalb aus 16 Interessensvertreter*innen und fünf Bürger*innen. Die Mitglieder des Beratungsgremiums hatten die Aufgabe sowohl an einer Planungswerkstatt als auch an den öffentlichen Veranstaltungen aktiv teilzunehmen. Um eine qualitätsvolle Diskussion im Rahmen einer Planungswerkstatt zu gewährleisten, wurde die Teilnehmendenzahl des Beratungsgremiums begrenzt. Die Interessensvertreter*innen wurden durch die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe benannt.

Die Veranstaltungen

Ziel des Dialogverfahrens war eine fachlich fundierte Auseinandersetzung, in die die interessierte Stadtgesellschaft eingebunden wird. So wurden drei öffentliche Veranstaltungen zum Auftakt, zur Zwischen- und Ergebnispräsentation durchgeführt. Ergänzend dazu konnten in einem Online-Dialog Hinweise eingereicht werden. Einen besonders intensiven Austausch gab es im Rahmen der teilöffentlichen Planungswerkstatt. Der Informationsaustausch und die Diskussionen aller Beteiligungsformate zielten darauf ab, Bedarfe an die Entwicklung des Bildungs- und Erinnerungsortes sichtbar zu machen. Weiterhin wurden die abgeleiteten Szenarien und städtebaulichen Varianten für den Bildungs- und Erinnerungsort auf ihre Vor- und Nachteile diskutiert. Im Folgenden werden die Veranstaltungen kurz dargestellt, die inhaltliche Entwicklung wird im nachfolgenden Kapitel noch genauer dargestellt.

AUFTAKTVERANSTALTUNG

Am 4. Oktober 2022 fand in der Forum Factory (Besselstraße 13-14 10969 Berlin) die dreistündige Auftaktveran-

staltung statt. Fünf interessierte Bürger*innen konnten sich über einen öffentlichkeitswirksamen Aufruf um einen Platz im Beratungsgremium bewerben und auf diese Weise an einer teilöffentlichen Planungswerkstatt teilnehmen.

INTERESSIERTE ÖFFENTLICHKEIT

Die interessierte Öffentlichkeit (Bürger*innen) war zu drei Dialogveranstaltungen (Auftaktveranstaltung, Zwischenpräsentation, Ergebnispräsentation) sowie zu einem zweiwöchigen Online-Dialog eingeladen. Hier konnten Meinungen, Ideen und Hinweise eingebracht werden.

VERWALTUNGSINTERNE ARBEITSGRUPPE

Die Teilnehmer*innen der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe begleiteten den Prozess kontinuierlich im Rahmen einer zweiwöchentlichen Sitzung sowie ergänzender Abstimmungsgespräche. Sie formulierten Bedarfe der jeweiligen Fachdisziplinen, koppelten inhaltliche Fragestellungen und politische Belange mit Hausleitungen zurück und boten zum Prozess.

staltung statt. Rund 50 Interessierte diskutierten Rahmenbedingungen, Schlüsselthemen und Anforderungen an den Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie. Hierzu erfolgten zunächst Impulsvorträge von Susanne Walter (SenStadt) zu den Rahmenbedingungen und bisherigen Verfahren, Dr. Susanne Muhle (Stiftung Berliner Mauer) erläuterte die Bedarfe für den Bildungs- und Erinnerungsort und Prof. Thomas Stellmach (TSPA) stellte das Planungsareal vor. Im Anschluss wurden drei zentrale Themenkomplexe in Kleingruppen vertiefend diskutiert: Städtebau und Architektur, Freiraum und Mobilität sowie Denkmalschutz, Erinnerungskultur und Tourismus. Die zentralen Diskussionspunkte aus allen Themengruppen wurden abschließend im Plenum zusammengetragen. Dabei zeigte sich, dass alle drei Themen integriert zu betrachten und zu diskutieren sind. Diese integrierte Betrachtung war anschließend die Aufgabe des beauftragten Planungsteams, das die Veranstaltung ebenfalls begleitete.

ZWISCHENPRÄSENTATION UND ONLINE-DIALOG

Auch die Zwischenpräsentation fand in der Forum Factory am 10. November 2022 und mit rund 60 Interessierten statt. Im Fokus der Veranstaltung standen fünf vom Planungsteam entwickelte städtebauliche Szenarien, anhand derer über die Weiterentwicklung des Bildungs- und Erinnerungsortes Checkpoint Charlie diskutiert wurde. In drei Tischgruppen wurden für die Szenarien anhand einer Checkliste die jeweiligen Vor- und Nachteile bezüglich der Themen Städtebau, Freiraum, Verkehr und Mobilität, Kultur und Bildung, Denkmalschutz sowie Tourismus erörtert. Jede der Tischgruppen war durch verschiedene Fachexpert*innen sowie Bürger*innen besetzt, um eine möglichst große Perspektivenvielfalt sicherzustellen. Parallel zur Zwischenpräsentation konnten die fünf Szenarien vom 10. bis 20. November 2022 online über die Plattform meinBerlin.de kommentiert werden. Dadurch wurde eine dezentrale und asynchrone Beteiligung für eine breite Öffentlichkeit ermöglicht. Die Empfehlungen der Teilnehmer*innen der Zwischenpräsentation und des Online-Dialogs wurden in den weiterführenden Prozess der Entwicklung von Varianten und Leitlinien aufgenommen.

PLANUNGSWERKSTATT

Am 29. November 2022 fand eine halbtägige Planungswerkstatt in den Räumlichkeiten der SenStadt statt, an der die Mitglieder des Entscheidungsgremiums, des Beratungsgremiums inklusive der gelosten Bürger*innen sowie die Mitglieder der Fachberatung teilnahmen. In der Werkstatt wurde ein erster Leitlinienentwurf sowie drei städtebauliche Varianten durch das Planungsteam zur Diskussion gestellt. Indem das Entscheidungsgremium und

das Beratungsgremium die vorgeschlagenen Varianten diskutierten, ließen sich Hinweise für die Leitlinien ableiten. Diese wurden im Dezember 2022 in einem gemeinsamen Beratungs- und Abstimmungsprozess vom Entscheidungsgremium beschlossen.

ERGEBNISPRÄSENTATION

Abschließend fand am 24. Januar 2023 die Ergebnispräsentation in der Forum Factory statt, an der ca. 100 Personen teilnahmen. Im Fokus der Ergebnispräsentation stand die Vorstellung der Leitlinien, die durch die jeweiligen beteiligten Hausleitungen, Senatsverwaltungen sowie Bezirke kommentiert und erklärt wurden. Senatsbaudirektorin Prof. Petra Kahlfeldt gab zunächst einen Einblick in den fachlich komplexen und zeitlich kompakten Prozess und bedankte sich in diesem Zusammenhang für die Unterstützung aller Beteiligten. Positiv stellte sie heraus, dass es im Rahmen des Prozesses gelungen ist, die unterschiedlichen Beteiligten mit ihren Perspektiven zusammenzubringen. Die Leitlinien sind das Ergebnis eines fairen Aushandlungsprozesses mit einer gemeinsamen Verständigung. Dies wurde durch den künftigen Bedarfsträger den Staatssekretär der Senatsverwaltung für Kultur und Europa Dr. Torsten Wöhlert bestätigt. Für ihn war das Verfahren ebenfalls ein wichtiger Meilenstein für den Bildungs- und Erinnerungsort. Fragen aus dem Publikum wurden von allen Akteur*innen des Entscheidungsgremiums gemeinsam beantwortet, die abschließend auch weitere Arbeitsschritte, die auf das Dialogverfahren folgen, vorstellten.

Der inhaltliche Prozess

Im Folgenden wird die inhaltliche Entwicklung der Leitlinien im Dialogverfahren, d.h. wie sich Themen verändert haben und konkretisiert wurden, dargestellt.

Das Dialogverfahren begann mit einer Analysephase, in der die Bedarfe für den Bildungs- und Erinnerungsort, die rechtlichen Rahmenbedingungen und weitere Interessen abgeglichen wurden. Die Analyse des Raums erfolgte auf unterschiedlichen Maßstabsebenen, vom gesamten Stadtgefüge der südlichen Friedrichstadt bis hin zur konkreten Fassadengestaltung der umliegenden Gebäude und der künftigen Neubauten. Dadurch kristallisierten sich sechs Schwerpunktthemen und Anforderungen für die zukünftigen Leitlinien heraus:

- Der Bildungs- und Erinnerungsort sowie seine Bedeutung sollen erfahrbar und die Geschichte ablesbar gemacht werden.
- Es soll ein Ort des Lernens und der Begegnung sein.
- Die Aufenthaltsqualität ist zu steigern und der Ort den Auswirkungen des Klimawandels anzupassen.

- Gleichfalls muss die Gestaltung des Ortes seiner Geschichte angemessen sein.
- Die Brandschutzwände sind in ihrer historischen Bedeutung zu schützen und die Leere des Raums deutlich zu machen.
 - Der Verkehr bedarf einer neuen Ordnung, um die Sicherheit der Personen vor Ort zu gewährleisten und um die Wirkung des Ortes zu stärken.

Aus den in der Analysephase ermittelten Anforderungen leitete das Planungsteam in der zweiten Phase städtebauliche und freiraumplanerische Szenarien ab. Das Ziel war es, möglichst unterschiedliche Szenarien zur Umsetzung der eingebrachten Anforderungen darzustellen, um daraus Zielkonflikte und mögliche Lösungsansätze herauszuarbeiten. So ergaben sich aus der Diskussion folgende zentrale Erkenntnisse:

- Wenn die Brandwände in ihrer Sichtbarkeit zu schützen sind, dann darf ein Bau diese nicht verstellen.
- Wenn der Raum in seiner Gesamtheit wahrnehmbar

- werden soll, dann darf er nicht durch die Gestaltung eine räumliche Trennung erfahren oder durch Gestaltungselemente gestört werden.
- Wenn der Ort und seine historische Bedeutung erkennbar sein sollen, dann darf ein Bau nicht ausschließlich unterirdisch erfolgen.
 - Wenn der Ort für die Steigerung der Aufenthaltsqualität gestaltet werden soll, dann muss dies auch nutzer*innenfreundlich und dem Ort angemessen erfolgen.

Aufbauend auf den Diskussionen und den Empfehlungen zu den Szenarien erstellte das Planungsteam städtebauliche Varianten, anhand derer im Rahmen der Planungsworkstatt Ableitungen für die Leitlinien diskutiert und beraten wurden. Die wichtigsten Diskussionsergebnisse waren folgende Aspekte:

- Die Leere des Ortes ist von Bedeutung, demnach sind keine Eingriffe vorzunehmen, die diese Leere stören. Elemente sind entsprechend zurückhaltend zu gestalten und sollen sich in den Raum einfügen.
- Die Südfassade des Neubaus auf der östlichen Fläche muss gewährleisten, dass eine Anbaubarkeit gegeben

- ist, um ein künftiges Gebäude für den Bildungs- und Erinnerungsort zu ermöglichen, das sichtbar sein muss. Gleichfalls muss gesundes Wohnen gewährleistet sein.
- Die Neubaufassaden müssen zurückhaltend gestaltet sein, um die Wahrnehmbarkeit und die Bedeutung des Ortes und der Brandwände nicht zu beeinträchtigen.
 - Bodendenkmäler und historische Spuren sind sichtbar zu machen.
 - Das Thema der Verkehrsberuhigung ist von Anfang an mitzudenken.

Durch die Analyse der Rahmenbedingungen, der Entwicklung städtebaulicher Szenarien und baulich-räumlicher Varianten konnten somit Zielkonflikte aufgedeckt und der Lösungsraum durch Priorisierung geschärft werden. Ergebnis dieses Prozesses sind die städtebaulichen Leitlinien zum Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie, die nachfolgend vorgestellt werden.



←
Abb. 3: Die inhaltliche Entwicklung der Leitlinien im Überblick

Die Leitlinien

Das Ergebnis des Dialogverfahrens sind die gemeinsam erarbeiteten Leitlinien, die sich in die fünf Schlüsselthemen Bildungs- und Erinnerungsort, Städtebau und Freiraum, Neubaufassaden, Denkmalschutz sowie Verkehr untergliedern.

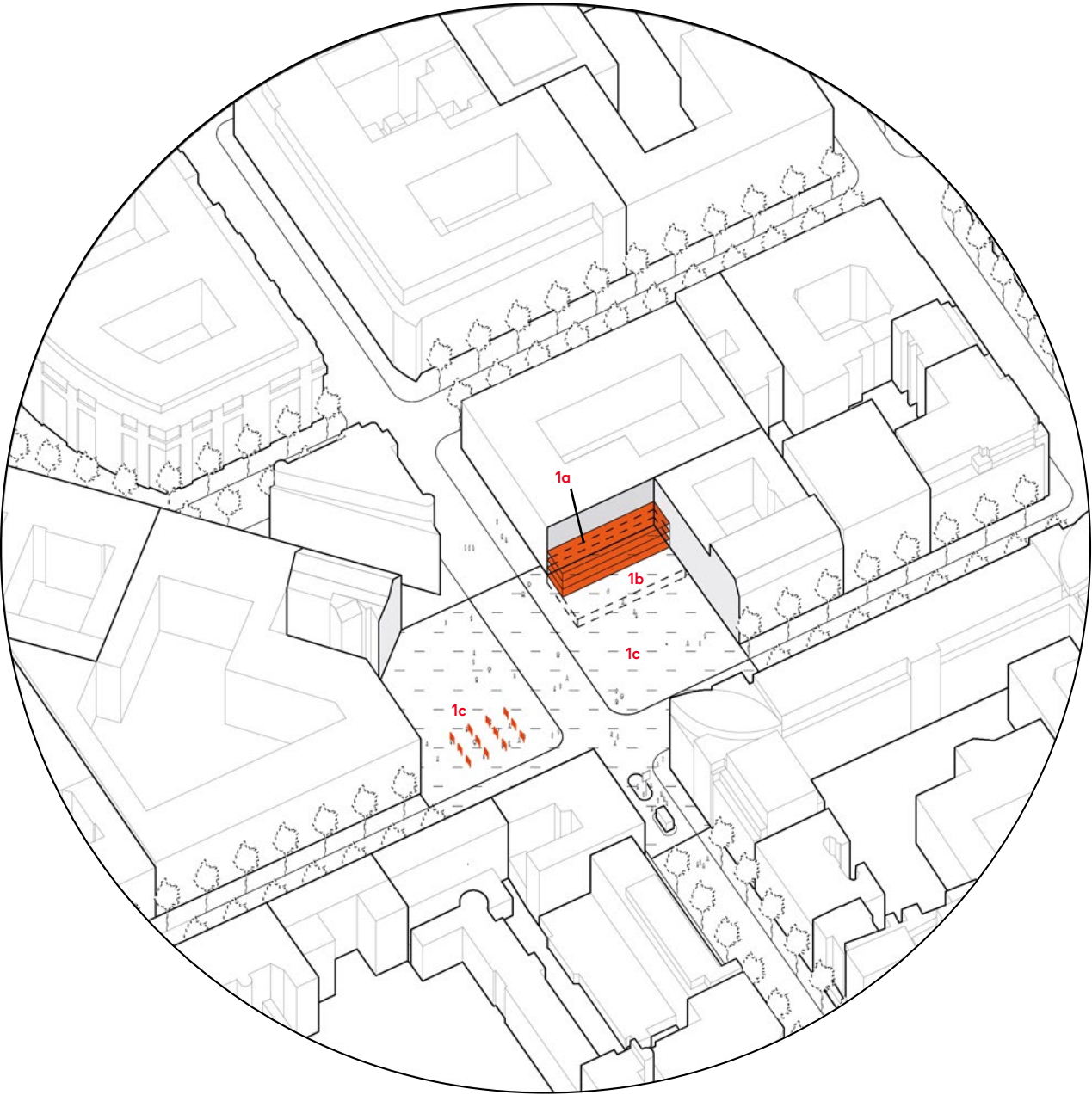
Zwischen dem 29. November und dem 22. Dezember 2022 kam das Entscheidungsgremium seinem Arbeitsauftrag aus der Planungswerkstatt nach und löste die internen Zielkonflikte konstruktiv auf, sodass die Leitlinien für den Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie im Dezember 2022 durch folgende Häuser und Institutionen beschlossen werden konnten:

- Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien,
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen,
- Senatsverwaltung für Kultur und Europa,
- Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz,
- Landesdenkmalamt Berlin,
- Stiftung Berliner Mauer,
- Bezirksamt Mitte von Berlin, sowie
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin.

In der Ergebnispräsentation am 24. Januar 2023 in der Forum Factory wurden die Leitlinien als Ergebnis des städtebaulichen Dialogverfahrens zum Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie veröffentlicht und von Repräsentant*innen der genannten Häuser erläutert und kommentiert. Auf Basis der bereits in der Auftaktveranstaltung diskutierten Schlüsselthemen wurden die Leitlinien in die Kapitel Bildungs- und Erinnerungsort, Städtebau und Freiraum, Neubaufassaden, Denkmalschutz sowie Verkehr untergliedert. Im Folgenden sind die Leitlinien dargestellt.

1
Bildungs- und
Erinnerungsort

- A**
Das Gebäude des Bildungs- und Erinnerungsortes soll seiner besonderen Funktion gerecht werden und zugleich durch eine qualitätsvolle, sich einfügende Architektur angemessen in das Ensemble des erinnerungskulturell gestalteten Stadtraums eingebunden werden und so atmosphärisch die historisch entstandene Zäsur des Ortes erlebbar machen.
- B**
Das Gebäude des Bildungs- und Erinnerungsortes kann ober- und unterirdisch errichtet werden. In jedem Fall sind Teilbereiche oberirdisch zu errichten, die Besuchenden einen niedrighschwelligen Zugang ermöglichen und den Ort angemessen architektonisch repräsentieren. Eine ausschließlich unterirdische Errichtung ist damit ausgeschlossen.
- C**
Als Schlüssel zur erinnerungskulturellen Erfahrbarkeit des historischen Ortes wird der Außenraum in die Gestaltungs- und Ausstellungskonzeption einbezogen. Dabei ist die Installation von Ausstellungselementen, beispielsweise von historischen Fotografien im Freiraum essenziell für das Verständnis des Ortes.



- 1a**
Einbindung in den Stadtraum, Erlebbarkeit der historisch entstandenen Zäsur
- 1b**
Gebäude ober- oder teilweise unterirdisch möglich
- 1c**
Außenraum wird in die Ausstellungskonzeption einbezogen

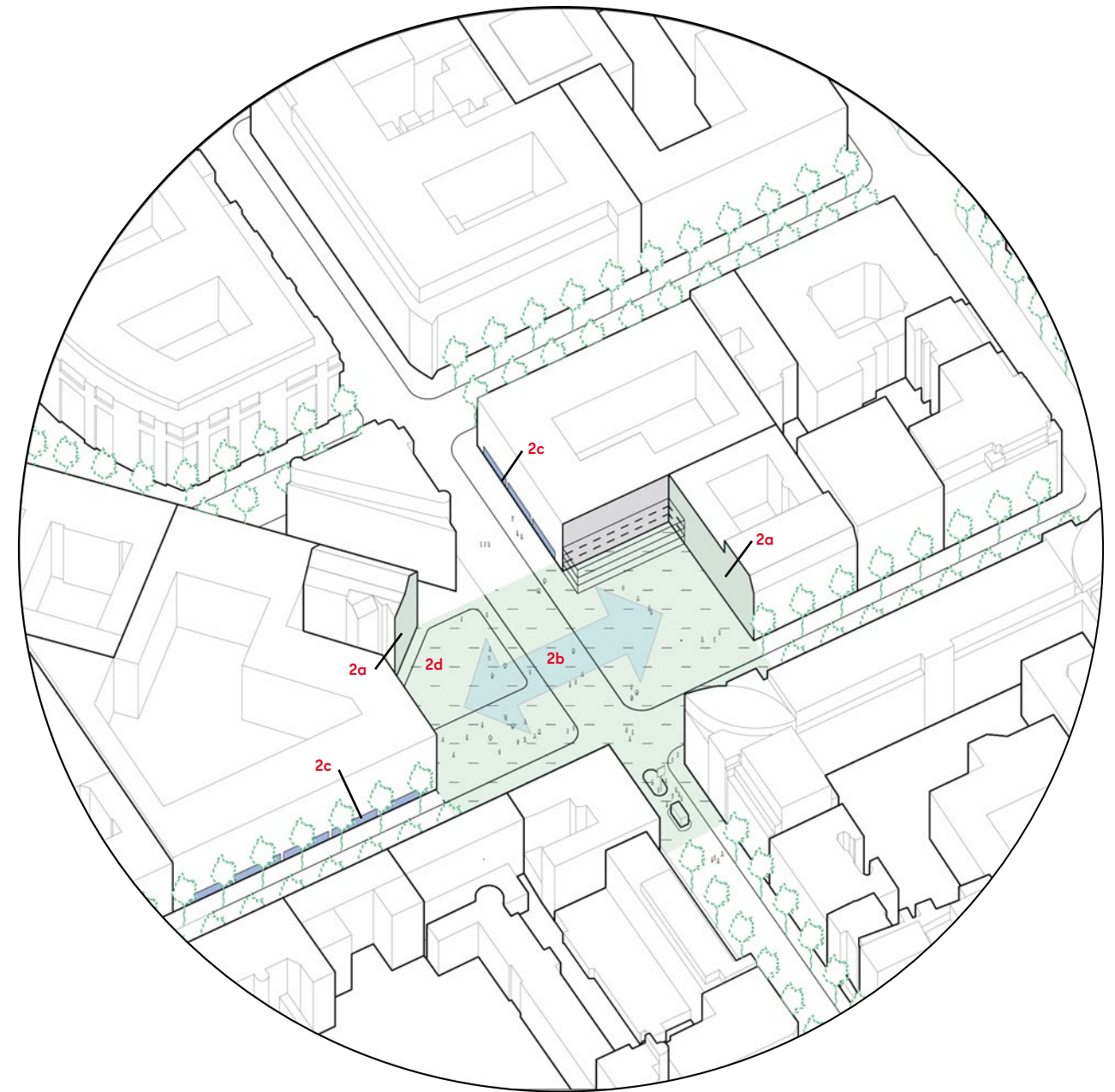
2 Städtebau und Freiraum

A
Es wird ein zusammenhängender, erinnerungskultureller Stadtraum gestaltet, der die gesamte Dimension der ehemaligen Grenzübergangsstelle Friedrich-/ Zimmerstraße und des ehemaligen westalliierten Kontrollpunktes Checkpoint Charlie vermittelt. Die denkmalgeschützten Brandwände fassen den zentralen Bereich des Bildungs- und Erinnerungsortes (Stadtplatz und Gemeinbedarfsfläche) als historische Zeugnisse.

B
Der ehemalige Grenzübergang muss als historisch entstandene Leerstelle stärker wahrnehmbar werden. Der gesamte Bereich ist entsprechend eines einheitlichen Konzeptes zu gestalten. Stadtmöblierungen und schattenspendende Elemente müssen zurückhaltend und dem Ort angemessen gestaltet werden und sich in den Stadtraum einfügen. Es ist zu prüfen, ob die Brandwände nachts angeleuchtet, mit Projektionen oder durch weitere Vermittlungsangebote bespielt werden können. Zusätzlich ist für den gesamten Ort ein Lichtkonzept zu entwickeln.

C
Für Außengastronomie, Werbung und andere kommerzielle Nutzungen im öffentlichen Raum sind Restriktionen auszusprechen. In den angrenzenden Erdgeschossnutzungen sind insbesondere Nutzungen erwünscht, welche dem Bildungs- und Erinnerungsort zu Gute kommen.

D
Eine klimaangepasste Planung ist durch geeignete Maßnahmen, wie beispielsweise Begrünung der Neubaufassaden und Versickerung des Regenwassers vor Ort sicherzustellen.



2a

Die denkmalgeschützten Brandwände fassen einen zusammenhängenden erinnerungskulturellen Stadtraum

2b

Wahrnehmbarkeit der verbleibenden historischen Leerstelle durch ein einheitliches Gestaltungskonzept

2c

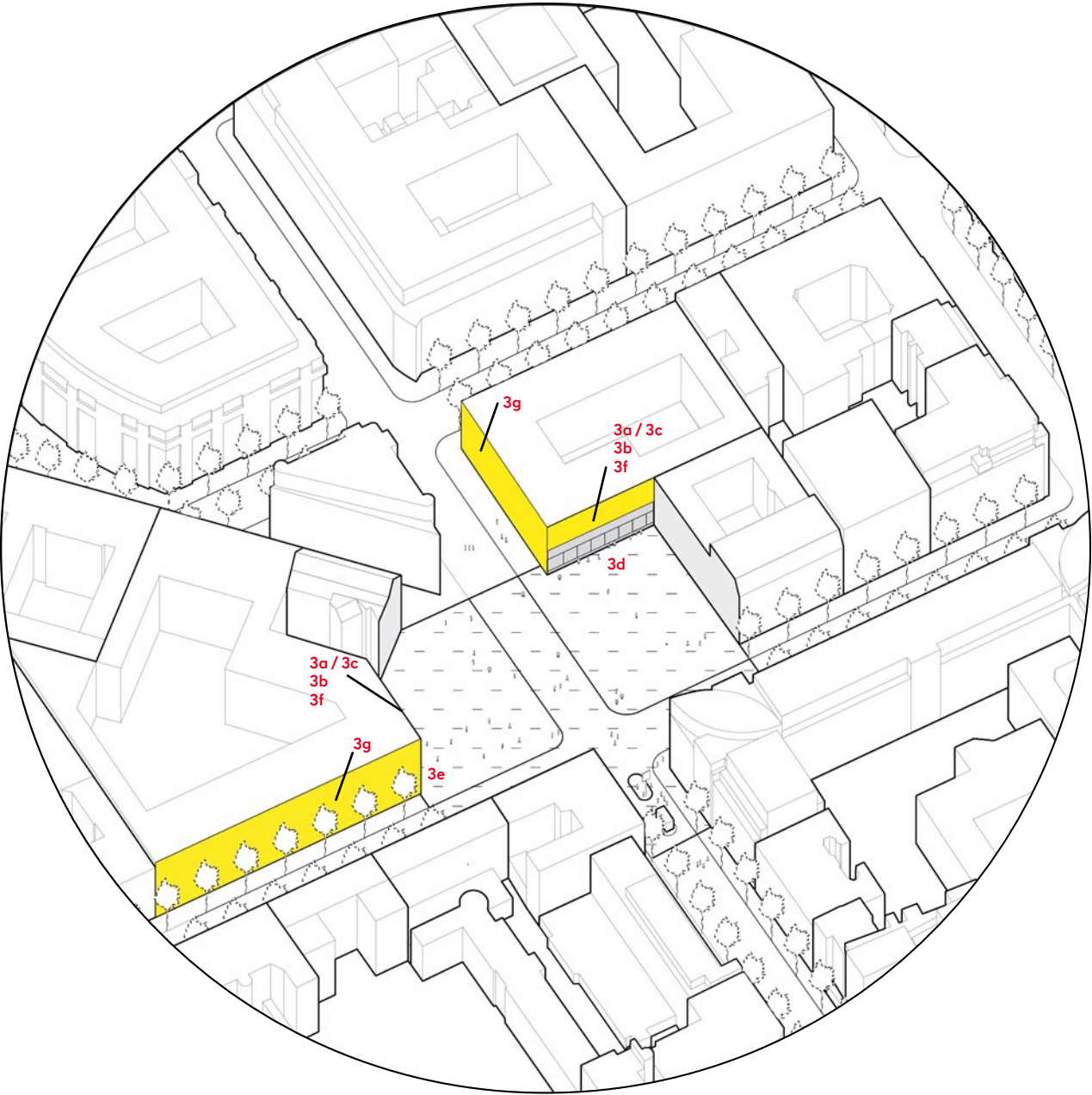
Erdgeschossnutzungen, die dem Bildungs- und Erinnerungsort zu Gute kommen

2d

Klimaangepasste Planung

3
Neubaufassaden

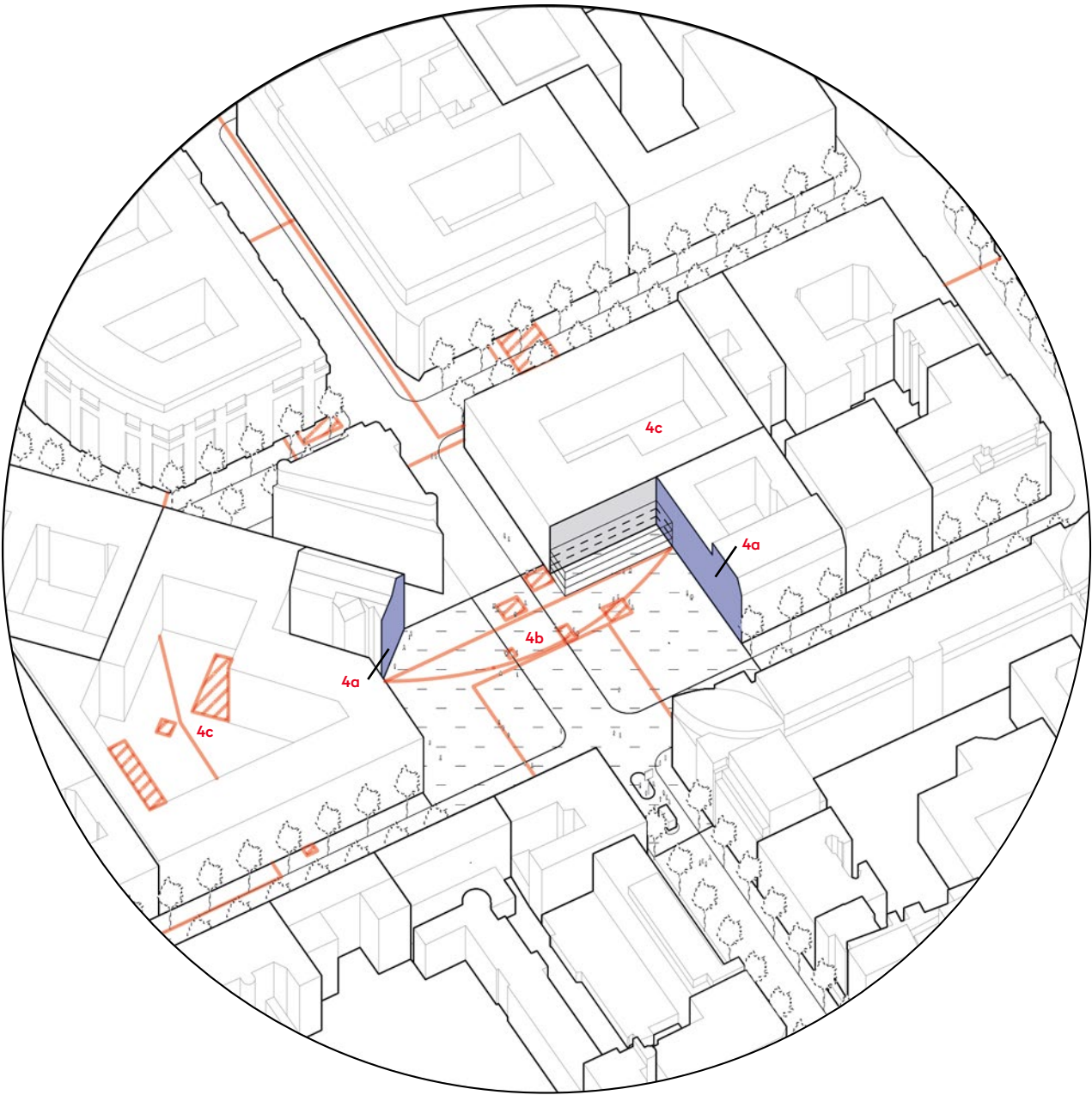
- A**
Die zum Bildungs- und Erinnerungsort ausgerichteten Neubaufassaden sind von besonderer Bedeutung und im Zuge des geplanten privaten Realisierungswettbewerbs bzw. durch die Begleitung des Baukollegiums in den Fokus zu stellen. Die Gestaltungsprinzipien beider Neubaufassaden sollten aufeinander abgestimmt sein, um zu einer visuellen Zurückhaltung des Ortes beizutragen.
- B**
Die an den zentralen Bereich des Bildungs- und Erinnerungsortes angrenzenden Neubauten müssen sich klar von den historischen Brandwänden unterscheiden und zugleich darf nicht der Eindruck eines historisch gewachsenen Stadtplatzes entstehen.
- C**
Die zum Bildungs- und Erinnerungsort ausgerichteten Neubaufassaden werden gegenüber dem Gedenkort visuell zurückhaltend gestaltet und integrieren sich in das Gesamtkonzept des Ortes. Dies kann beispielsweise dadurch erreicht werden, dass ein übergreifendes Gestaltungsprinzip oder eine Begrünung die Öffnungen der Fassade visuell in den Hintergrund treten lässt.
- D**
Der Sockelbereich der Neubaufassade auf dem östlich der Friedrichstraße gelegenen privaten Grundstück ist auf der zum Bildungs- und Erinnerungsort zugewandten Seite bis zu einer Höhe von mindestens 11 m geschlossen auszubilden. Eine Anbaubarkeit des Gebäudes in diesem Bereich für den Bildungs- und Erinnerungsort ist unter Berücksichtigung der bauordnungsrechtlichen Vorschriften sicherzustellen. Der geschlossene Sockelbereich ist bis zur Errichtung des Gebäudes für den Bildungs- und Erinnerungsort erinnerungskulturell zu bespielen, z.B. in eine gute Gestaltung in die Außenausstellung einzubeziehen.
- E**
Der Sockelbereich der Neubaufassade auf dem westlich der Friedrichstraße gelegenen privaten Grundstück soll im Erdgeschoss geschlossen ausgebildet werden, um diesen erinnerungskulturell zu bespielen, z.B. in die Außenausstellung einzubeziehen.
- F**
Private Alltagsnutzungen sollen sich nicht in den Fassaden niederschlagen, so dass diese nicht störend in den Erinnerungsort eingreifen.
- G**
Auch die dem Bildungs- und Erinnerungsort abgewandten Fassaden der Neubauten müssen eine dem Ort und der jeweiligen Nutzung angemessene Architektur erhalten.



- 3a / 3c**
Visuell zurückhaltende, aufeinander abgestimmte Gestaltung der Neubaufassaden
- 3b**
Klare Unterscheidbarkeit von den historischen Brandwänden
- 3d**
Anbaubarkeit durch geschlossenen Sockelbereich, erinnerungskulturelle Bespielung als Zwischennutzung
- 3e**
Geschlossener Sockelbereich im Erdgeschoss, erinnerungskulturelle Bespielung
- 3f**
Vermeidung von Störungen des Erinnerungsortes durch private Alltagsnutzungen
- 3g**
Auch die dem Bildungs- und Erinnerungsort abgewandten Fassaden erhalten eine dem Ort angemessene Architektur

4
Denkmalschutz

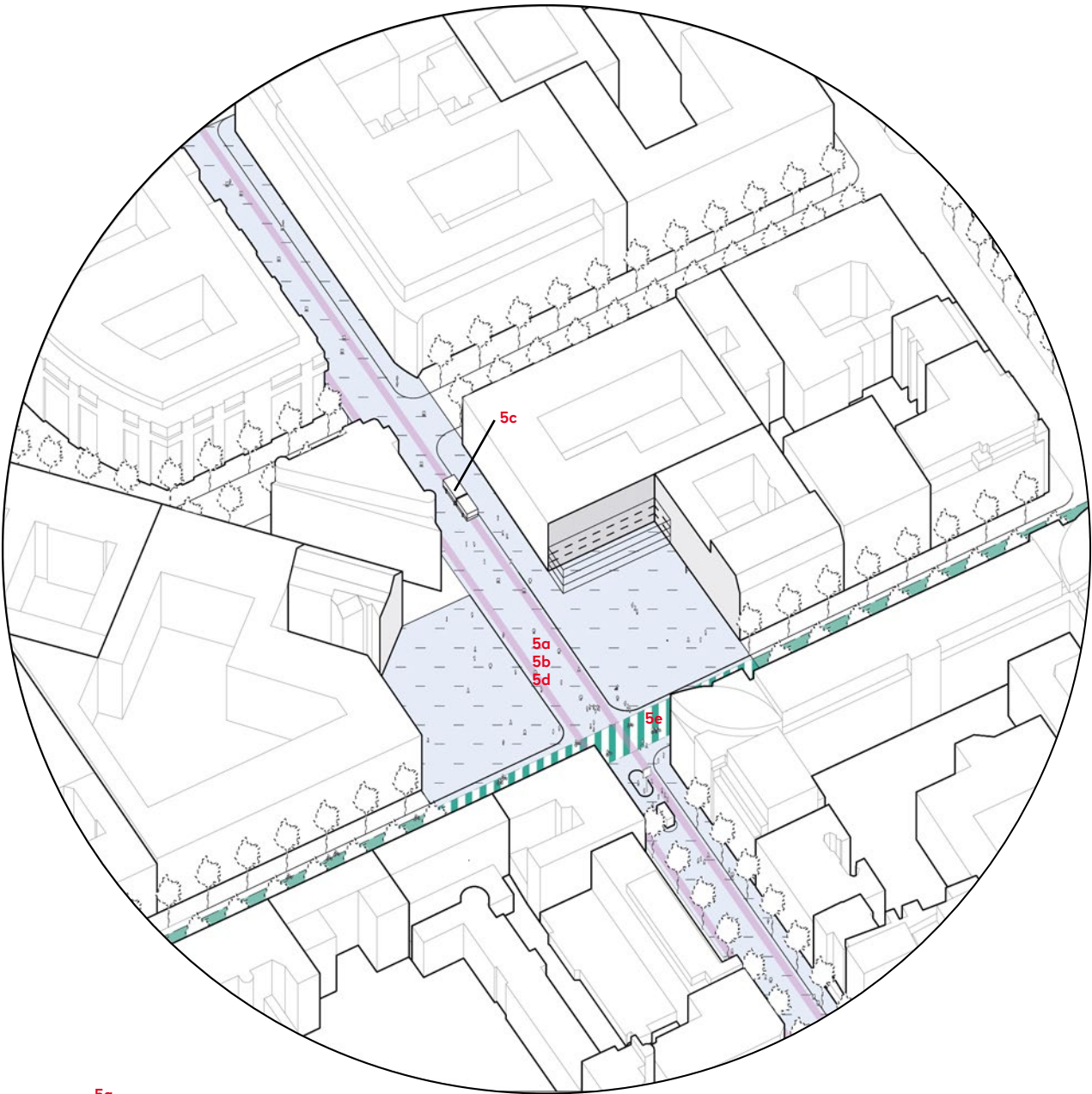
- A**
Es wird eine größtmögliche Sichtbarkeit der denkmalgeschützten Brandwände sichergestellt.
- B**
Im gesamten Bereich des Außenraums des ehemaligen Grenzübergangs werden die vermuteten Bodendenkmäler der ehemaligen Grenzanlagen als historische Spuren und zur Erläuterung des historischen Ortes in den Bodenbelag des Außenraums integriert, künstlerisch sichtbar gemacht und durch platzübergreifende Bodenmarkierungen ergänzt.
- C**
Auch auf Teilflächen in Privateigentum sollen die Integration und künstlerische Sichtbarmachung der Bodendenkmäler, etwa durch Bodenmarkierungen, in das Bauvorhaben erfolgen.



- 4a**
Größtmögliche Sichtbarkeit der denkmalgeschützten Brandwände
- 4b**
Integration vermuteter Bodendenkmäler und Markierung historischer Spuren
- 4c**
Integration vermuteter Bodendenkmäler auf privaten Teilflächen

5
Verkehr

- A**
Die Friedrichstraße soll im Bereich der ehemaligen Grenz-
übergangsstelle Friedrichstraße / Zimmerstraße und des
ehemaligen westalliierten Kontrollpunktes Checkpoint
Charlie entsprechend den Ergebnissen noch durchzufüh-
render verkehrlicher Gutachten verkehrsberuhigt ausgebil-
det werden.
- B**
Die Belange der zu Fuß Gehenden sind im Kontext der Ver-
kehrssicherheit zu stärken.
- C**
Der ÖPNV-Nachtbusverkehr soll weiterhin auf der Fried-
richstraße verkehren können. Für mögliche Ersatzverkehre
sind entsprechende Lösungen zu erarbeiten.
- D**
Der Reise- und Sightseeing-Busverkehr ist aus dem zent-
ralen Bereich des Bildungs- und Erinnerungsortes heraus-
zuhalten. Für Führung und Abstellen ist eine alternative ak-
zeptable Lösung zu finden, die sowohl für die Besuchenden
als auch die Anwohnenden verträglich zu gestalten und zu
verorten ist.
- E**
Die Zimmerstraße soll als Fahrradstraße umgebaut und
angeordnet werden.



- 5a**
Verkehrsberuhigung
- 5b**
Vorrang für Fußverkehr
- 5c**
ÖPNV-Nachtbus frei
- 5d**
Keine Touristenbusse vor Ort
- 5e**
Umbau der Zimmerstraße zur Fahrradstraße

Ausblick

Der Abschluss des Dialogverfahrens stellt für die Entwicklung des Bildungs- und Erinnerungsortes einen wichtigen Meilenstein dar. Die erarbeiteten Leitlinien werden bei künftigen Planungen am Checkpoint Charlie berücksichtigt.

Unmittelbar im Anschluss an das städtebauliche Dialogverfahren und auf Grundlage seiner Ergebnisse starten weitere Planungsverfahren.

Für das private Ostgrundstück wurde im Jahr 2023 durch den privaten Vorhabenträger ein hochbaulicher Realisierungswettbewerb durchgeführt, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen koordinierte dabei die Abstimmung zur Auslobung. Die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Landesdenkmalamt Berlin, die Stiftung Berliner Mauer und das Bezirksamt Mitte waren Teil der Jury. Im Baukollegium Berlin wurde der hochbauliche Entwurf des Westgrundstücks mehrfach beraten.

Im Auftrag der Bedarfsträgerin Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt wurde von der künftigen Nutzerin Stiftung Berliner Mauer noch im Jahr 2023 ein „Kulturfachlicher Dialog“ aufbauend auf den Ergebnissen des städtebaulichen Dialogverfahrens durchgeführt, um die inhaltliche Programmatik des Bildungs- und Erinnerungsortes und die Bedarfsformulierung weiterzuentwickeln. Dabei wird auch das Thema Zwischennutzungskonzept vertieft werden.

Aufbauend auf dem städtebaulichen Dialogverfahren müssen zudem verkehrliche Gutachten sowie ein Verkehrskonzept erstellt werden, welches die Verkehrssicherheit und den Umgang mit Tourismus- bzw. Nachtbussen in den Fokus stellt. Dieses Handlungsfeld wird im Rahmen des Masterplans für die Berliner Mitte durch die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt koordiniert und verantwortet.

Folgende beiden Handlungsfelder, die ebenfalls Einfluss auf das Gebiet haben, werden durch Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen koordiniert: die Erarbeitung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Berliner Mitte sowie die Aktualisierung des bestehenden Regelwerks Straßenraumgestaltung für Friedrichstadt, Dorotheenstadt und Friedrichswerder.

Auf Grundlage eines kultur- und baufachlich geprüften Bedarfsprogramms wird die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen weitere Schritte für die bauliche Realisierung des Bildungs- und Erinnerungsorts durchführen.

Fotografische Dokumentation

Andrew Alberts fertigte eine fotografische Dokumentation des Stadtraums im Umfeld des Checkpoint Charlie an, um prägnante räumliche Dimensionen des Ortes zu analysieren.

Die zentrale Aufgabe des Verfahrens war es, die Grundlagen für einen würdigen Erinnerungsort im Hinblick auf die internationale Dimension der Berliner Mauer und des Kalten Krieges zu erarbeiten. Es galt, den historischen Ort der ehemaligen Grenzanlagen als Bruch im Stadtraum erlebbar zu machen. Als ortsprägend wurden die beiden denkmalgeschützten Brandwände beidseitig der Friedrichstraße und die Leere des Stadtraumes identifiziert. Die städtebaulichen und architektonischen Maßnahmen sollen diesen besonderen Charakter für den Gedenkort erhalten und stärken.

Im Rahmen der Bearbeitung durch das Berliner Architekturbüro Heide & von Beckerath mit Atelier Miething, Paris, und MLA+, Rotterdam, wurde der Architekt und Fotograf Andrew Alberts im Oktober/November 2022 mit einer fotografischen Bestandsaufnahme des Checkpoint Charlie und der weiteren Betrachtungsräume beauftragt. Eine Auswahl von Fotografien als großformatige Prints waren anlässlich der Endpräsentation des Städtebaulichen Dialogverfahrens zum Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie am 24.01.2023 in der Forum Factory in Berlin-Kreuzberg zu sehen.



↑ Abb. 4: Blick auf die historischen
Brandwände beidseitig der Fried-
richstraße



↑ Abb. 5: Kreuzungsbereich Friedrichstraße/ Zimmerstraße, Blick nach Nordwesten

↓ Abb. 6: Kreuzungsbereich Friedrichstraße/ Zimmerstraße, Blick nach Südwesten



↑ Abb. 7: Kreuzungsbereich Friedrichstraße/ Zimmerstraße, Blick nach Nordosten

↓ Abb. 8: Kreuzungsbereich Friedrichstraße/ Zimmerstraße, Blick nach Südosten





Abb. 9: Checkpoint Charlie mit Blick auf das „Wohnhaus am Checkpoint Charlie“, Architekten: Office for Metropolitan Architecture (OMA)/ Elia Zenghelis, 1987-1989

↑ Abb. 10: Krausenstraße 73



Abb. 11: Blick von der Stadtbahnbrücke nach Süden in die Friedrichstraße



Abb. 12: Blick in die Friedrichstraße nach Norden mit der Arbeit „Ohne Titel“ (Leuchtkasten), Frank Thiel, 1998 im Hintergrund

↓ Abb. 13: „BlackBox Kalter Krieg“ auf dem Grundstück Friedrichstraße 47



→ Abb. 14: Westalliiertes Kontrollpunkt Checkpoint Charlie mit dem Büro- und Geschäftshaus „Checkpoint Arkaden“, Architekt: Josef Paul Kleihues, 1994-1996





←
Abb. 15: Blick in die Friedrichstraße nach Süden mit der Arbeit „Ohne Titel“ (Leuchtkasten), Frank Thiel, 1998 im Vordergrund

↑
Abb. 16: „Haus am Checkpoint Charlie“ mit dem Mauermuseum in der Friedrichstraße 43, Architekt: Peter Eisenman, 1985-1986

Abb. 17: Innenhof des Grundstücks
Mauerstraße 78-80, Blick nach
Westen mit dem E-Werk (ehemals
Abspannwerk Buchhändlerhof), Archi-
tekt: Hans Heinrich Müller, 1924-1928



Abb. 18: Innenhof des Grundstücks
Mauerstraße 78-80, Blick nach Osten
mit dem E-Werk (ehemals Abspann-
werk Buchhändlerhof), Architekt:
Hans Heinrich Müller, 1924-1928





←

Abb. 19: Wohn- und Gewerbebebauung mit Torhaus in der Kochstraße 17-25, Architekten: Josep Martorell/ Oriol Bohigas/ David Mackay, 1987-1989

↑

Abb. 20: Wartengebäude im Innenhof des Grundstücks Mauerstraße 78-80 mit dem E-Werk (ehemals Abspannwerk Buchhändlerhof), Architekt: Hans Heinrich Müller, 1924-1928



Abb. 21: Blick in die Mauerstraße zum
Checkpoint Charlie



Abb. 22: Innenhof der Wohnanlage
„Charlie Living“ in der Zimmerstraße
92-94, Architekten: GRAFT, 2017-2020



Abb. 23: Blick aus dem „Wohnhaus am Checkpoint Charlie“ auf die Friedrichstraße, Architekten: Office for Metropolitan Architecture (OMA)/ Elia Zenghelis, 1987-1989



Abb. 24: „Haus Deutscher Stiftungen“ in der Mauerstraße 93

Anhang

Der Anhang beinhaltet weiterführende Informationen zu den beteiligten Gremien, den Schlüsselthemen sowie den verschiedenen Szenarien und Varianten, die einen wichtigen Bestandteil bei der Herleitung der Leitlinien bilden. Zur besseren Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Verfahrens werden sie im Anhang dokumentiert.

Gremien

Das Gremium, das die Leitlinien Ende des Jahres 2022 im Konsens beschlossen hat, wurde als **Entscheidungsgremium** bezeichnet und bestand aus:

- Prof. Petra Kahlfeldt, Senatsbaudirektorin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen,
- Dr. Torsten Wöhlert, Staatssekretär der Senatsverwaltung für Kultur und Europa,
- Dr. Meike Niedbal, Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz,
- Dr. Christoph Rauhut, Landeskonservator und Direktor des Landesdenkmalamt Berlin,
- Dr. Prof. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer,
- Maria Bering, Ministerialdirigentin der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien,
- Dr. Almut Neumann, der Bezirksstadträtin Mitte, sowie
- Annika Gerold, der Bezirksstadträtin Friedrichshain-Kreuzberg.

Teilnehmende der **externen Fachberatung** waren:

- Architektur: Prof. Wilfried Kuehn (Kuehn Malvezzi Associates GmbH),
- Landschaftsarchitektur: Maren Brakebusch (Vogt Landschaftsarchitektur, Mitglied im Baukollegium),
- Stadt- und Verkehrsplanung: Christian Spath (regio-plan),
- Kultur: Petra Lutz (Klassik Stiftung Weimar).

Mitglieder des **Beratungsgremiums** im Überblick:

- Cornelia Ganz, Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V.,
- Julia Dahlhaus und Hajo Paap, Bund Deutscher Architektinnen und Architekten Berlin e.V.,
- Thomas Guba, Bund Deutscher Landschaftsarchitekt*innen Berlin Brandenburg e.V.,
- Stefan Lehmkuhler und Dirk von Schneidemesser, Changing Cities e.V.,
- Peter Rau und Simon Margraf, Industrie- und Handelskammer zu Berlin,
- Dr. Andrea Riedle, Stiftung Topographie des Terrors,
- Lutz Henke, visitBerlin,
- Dr. Hanno Hochmuth, Zentrum Kalter Krieg – Ausstellung am Checkpoint Charlie e.V.,
- Prof. Dr. Gabi Dolff-Bonekämper, Kunsthistorikerin und Denkmalpflegerin,
- Dr. Thomas Flierl, Bauhistoriker und Kulturwissenschaftler und Begleiter des Partizipationsprozesses 2018,
- Nora Hogrefe, Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen,

- Theresa Keilhacker, Architektin und Begleiterin des Partizipationsprozesses 2018,
- Dr. Christoph Sommer, Institut für Umweltplanung, Universität Hannover und Begleiter des Partizipationsprozesses 2018,
 - Boris Bonczyk, Bürger per Losverfahren,
 - Andreas Krüger, Bürger per Losverfahren,
 - Wolfgang Leffler, Bürger per Losverfahren,
 - Bonger Voges, Bürger per Losverfahren.

Folgende Verwaltungsabteilungen waren Teil der **verwaltungsinternen Arbeitsgruppe**:

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen**
- Manfred Kühne, Leitung der Abteilung Städtebau und Projekte,
 - Susanne Walter, Leitung des Referats Architektur, Stadtgestaltung und Wettbewerbe,
 - Bernhard Heitele, Referat Architektur, Stadtgestaltung und Wettbewerbe,
 - Anina Böhme, Leitung des Referats Innere Stadt und Hauptstadtangelegenheiten,
 - Sonja Engelbrecht, Referat Innere Stadt und Hauptstadtangelegenheiten,
 - Frank Dahler, Referat Innere Stadt und Hauptstadtangelegenheiten.

- Senatsverwaltung für Kultur und Europa**
- Dr. Christine Regus, Leitung des Referats Gedenkstätten, Museen, Einrichtungen Bildender Kunst,
 - Catalina Davids, Referat Gedenkstätten, Museen, Einrichtungen Bildender Kunst,
 - Kathrin Simons, Leitung des Referats Bau und Liegenschaften,
 - Bärbel Ackermann, Referat Bau und Liegenschaften.

- Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz**
- Astrid Kaminsky, Referat Verkehrliche, straßen- und tiefbauplanerische sowie straßenraumgestalterische Bearbeitung,
 - Eda Dogral, Referat Verkehrliche, straßen- und tiefbauplanerische sowie straßenraumgestalterische Bearbeitung,
 - Verena Schönhart, Referat Freiraumplanung und Stadtgrün,
 - Finja Winter, Referat Freiraumplanung und Stadtgrün,
 - Sandra Klinner, Referat Freiraumplanung und Stadtgrün,
 - Dan Orbeck, Referat Förderung des Fußverkehrs,
 - Benjamin Böning, Referat ÖPNV, gewerblicher Straßenpersonenverkehr, Kreuzungsrecht.

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe**
- Anja Sabanovic, Leitung des Referats Unternehmensservice, Dienstleistung, Handwerk, Handel und Tourismus,
 - Matthias Brückner, Referat Betriebe und Strukturpolitik,
 - Ralph Lassak, Referat Betriebe und Strukturpolitik.

- Landesdenkmalamt**
- Marlene Lieback, Referentin für städtebauliche Denkmalpflege,
 - Jonathan Bratz, Referent für städtebauliche Denkmalpflege.

- Stiftung Berliner Mauer**
- Dr. Susanne Muhle, Projektleiterin Erinnerungsort Checkpoint Charlie.

- visitBerlin**
- Ynske de Jong, Abteilung Destinationsentwicklung.

- Berliner Immobilienmanagement (BIM)**
- Katharina Riemann, Portfolienmanagement.

- Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien**
- Katharina Fricke, Referat SED-Unrecht.

- Bezirksamt Mitte**
- Steffen Klette, Abteilung: Stadtentwicklungsamt, Arbeitsgebiet: Fachbereich Stadtplanung,
 - Jakob Koenig, Abteilung: Stadtentwicklungsamt, Arbeitsgebiet: Fachbereich Stadtplanung,
 - Felix Ross, Abteilung: Straßen- und Grünflächenamt, Arbeitsgebiet: Kommunales Planungs- und Verkehrsmanagement.

- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg**
- Andreas Dihlmann, Abteilung: Stadtentwicklungsamt, Arbeitsgebiet: Fachbereich Stadtplanung,
 - Jessica Horne, Abteilung: Straßen- und Grünflächenamt, Arbeitsgebiete: Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt,
 - Alexander Löwe, Abteilung: Stadtentwicklungsamt, Arbeitsgebiet: Untere Denkmalpflege,
 - Hans-Peter Pirch, Abteilung: Stadtentwicklungsamt, Arbeitsgebiet: Fachbereich Stadtplanung,
 - Roland Schmidt, Abteilung: Straßen- und Grünflächenamt,
 - Olav Vogt, Abteilung: Stadtentwicklungsamt, Arbeitsgebiet: Fachbereich Stadtplanung.

Schlüsselthemen

Der Dialogprozess wurde von Schlüsselthemen begleitet, welche in der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe entwickelt und dem Planungsteam als Aufgabenstellung übermittelt wurden. Die Schlüsselthemen beschreiben Ansprüche und Herausforderungen in Form von thematisch gebündelten Fragenstellungen an den zukünftigen Bildungs- und Erinnerungsort Checkpoint Charlie, die im Rahmen des Dialogverfahren diskutiert werden sollten.

1. STÄDTEBAU

- Wie kann sich die vorgesehene Bebauung am Ort einfügen, so dass der besondere Charakter des Ortes gestärkt werden kann?
- Wie ist der öffentliche Raum – unter anderem der Stadtplatz und das Gelände des Bildungs- und Erinnerungsortes – auch im Zusammenhang mit den Achsen Friedrich- und Zimmerstraße integriert zu gestalten?
- Wie gestalten sich die Übergänge zwischen öffentlichem Raum und privaten Nutzungen?
- Wie gestaltet sich das Zusammenspiel zwischen einem möglichen Gebäude auf der Gemeinbedarfsfläche und der nördlich angrenzenden Wohnbebauung?
- Wie lässt sich eine Umgestaltung des Checkpoint Charlie, phasenweise für die nächsten Jahre gedacht, konzeptionell schrittweise umsetzen?

Die Aufenthaltsqualität der öffentlichen Räume soll sich verbessern, sowohl bezüglich eines neuen Platzes als auch bezüglich der Straßenräume. Erdgeschosszonen und -nutzungen sind dabei von besonderer Bedeutung. Hierbei soll angemessen auf die anschließende historische Blockrandbebauung der Friedrichstadt sowie auf die geschichtliche Trennung zwischen Ost und West eingegangen werden. Städtebaulich vorgegeben sind Maximalhöhen der Bebauung im B-Plan von 27 m. Aufgrund der Einhaltung der „Erhaltungsverordnung Dorotheenstadt, Friedrichstadt“ wird von Hochpunkten abgesehen. Die Nutzungskonflikte am Checkpoint Charlie – unter anderem Verkehr vs. Stadtplatz, Massentourismus vs. Erinnerungskultur – sollen durch das Dialogverfahren in Lösungen überführt bewältigt werden.

Weitere Themen und Ziele sind:

- Vorplatz für den Bildungs- und Erinnerungsort,
- Zusammendenken der beiden Grundstücke,
- Gebäude für den Bildungs- und Erinnerungsort.

Richtlinien und relevante Dokumente:

- Die städtebaulichen Kernaussagen des vorangegangenen Prozesses in Zukunft Checkpoint Charlie. Dokumentation des Beteiligungsverfahrens, SenStadt, Februar 2020, Kap. Ergebnisse und Ausblick, Checkpoint Charlie-DNA und städtebauliche Leitlinien, S.66-69⁴ sind zu beachten.

- B-Plan 1-98 mit Begründung, SenStadt, 31. Januar 2020⁵
- Erhaltungsverordnung Dorotheenstadt, Friedrichstadt, BA Mitte, Juni 1995⁶

2. FREIRAUM

- Wie kann der öffentliche Raum barrierefrei zugänglich für alle Nutzergruppen gestaltet werden: Gerecht für alle Generationen, sozialen Schichten, für Anwohner*innen und Gäste?
- Wie kann ein vielfältiges Angebot an Freiräumen geschaffen werden, welches den Ansprüchen der Bewohner*innen, Tourist*innen und der Gedenkkultur gerecht wird?
- Wie kann Aufenthaltsqualität als Stadtplatz geschaffen werden und gute Erreichbarkeit gewährleistet sein? Wie verhalten sich die neuen Verkehrs- und Freiraumkonzepte zueinander?
- Wie kann die Historie des Ortes respektiert und im öffentlichen Freiraum erkennbar werden?
- Wie kann ein klimaresilienter Freiraum geschaffen werden?
- Wie ist der öffentliche Raum im Angesicht des Klimawandels mit zunehmender Hitze, Trockenheit und Starkregenvorfällen zu gestalten?

Beidseitig der Friedrichstraße sind öffentliche Räume vorgesehen, der westliche Teil ist im Bebauungsplan als öffentliche Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung festgelegt und soll als Stadtplatz fungieren und der östliche Teil soll als Bildungs- und Erinnerungsort dienen. Derzeit ist eine Freifläche von rund 1.130 m² auf dem westlichen Grundstück an der Ecke Friedrichstraße/Zimmerstraße geplant, dazu die Freifläche auf der östlichen Seite von mindestens 350 m² (Größe abhängig von der Gestalt des Funktionsbaus). Der öffentliche Raum soll mehr Aufenthaltsqualität für Besuchergruppen aber auch für Einzelbesucher*innen der Umgebung sowie Anwohnende schaffen. Es ist auf die möglichen Konflikte, die sich aus der Überlagerung der denkmalgeschützten Elemente am Ort ergeben, einzugehen und es sind entsprechende Lösungsansätze zu untersuchen. Dabei sollten verschiedene Szenarien in Varianten dargestellt werden, die die klimagerechte Stadt und die Aufarbeitung eines historischen Ortes widerspiegeln.

Weitere Themen und Ziele sind:

- Die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell entwickeln,
- Sicherheit im Straßenverkehr und für Fußgänger*innen,
- Raumqualität und öffentliches Mobiliar, keine „Verpolung“,
- Berücksichtigung und Weiterentwicklung des raumwirksamen Baumbestands,
- Wassermanagement,

- Verschattung,
- Begrünung auf Dächern und an Fassaden,
- Vernetzung der Grünflächen,
- Schaffung von Stadtbiotopen, zur Erhöhung der Nährwerte für Insekten und Vögel,
- Mehrfachnutzung.

Richtlinien und relevante Dokumente:

- Charta für das Berliner Stadtgrün, SenUVK, Mai 2020⁷
- Handlungsprogramm Berliner Stadtgrün 2030, SenUVK, Mai 2020⁸
- Berlin- Design for all, SenStadt, November 2011⁹
- Ökologisches Bauen - Anforderungen an Baumaßnahmen

3. KULTUR UND BILDUNG

- Wie können die Spuren und die Geschichte des Grenzübergangs und die Besonderheit des Ortes im Betrachtungsraum lesbar werden?
- Wie lassen sich die Bedarfe der kulturellen Nutzungen räumlich formulieren?
- Welche Gestaltungsanforderungen bestehen für kulturelle Nutzungen im Planungsgebiet?
- Wie können die qualitativen und quantitativen Aspekte der Bedarfsformulierung als räumliche Rahmenbedingungen formuliert werden?
- In welchen räumlichen Formaten (Ausstellung, digital/dreidimensional, etc.) kann man die historischen Erinnerungen an den Ort abbilden?

Die Bedarfe in Bezug auf Kultur und Bildung werden in Kapitel vier in der Bedarfsformulierung der Stiftung Berliner Mauer erläutert.

Weitere Themen und Ziele sind:

- Schaffung eines Lernortes mit historisch-politischer Bildungsarbeit für Jung und Alt,
- Geschichte des Mauerortes darstellen und in die Gesamtlandschaft der Geschichte der Berliner Mauer integrieren,
- Geschichte der Berliner Mauer in ihrer internationalen Dimension im Kontext des Kalten Krieges darstellen,
- qualitativ hochwertiges Informationsangebot vor Ort mit Vertiefungsmöglichkeiten schaffen,
- Berücksichtigung des Gesamtkonzepts „Erinnerung an die Berliner Mauer“. Gute Kommunikation der unterschiedlichen Ausrichtungen der Erinnerungsorte – in diesem Zusammenhang steht der Checkpoint Charlie für die internationale Dimension der Berliner Mauer,
- Geschichte des Ortes z.B. durch Einbindung von Bau- und Bodenzugnissen erlebbar machen, z.B. ggf. Fundamentreste des DDR-Wachturms.¹⁰

https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/_assets/staedtebau/checkpoint-charlie/200309_cpc_dokumentation_online.pdf?ts=1698140396 (Stand Oktober 2022)

⁵ <http://mitte.gis-broker.de/bplaene/0100098.pdf> (Stand Oktober 2022), https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/_assets/staedtebau/checkpoint-charlie/begrundung-b-plan-1-98.pdf?ts=1681926485 (Stand Oktober 2022)

⁶ https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/staedtebauforderung/erhaltungsgebiete/gestaltschutzgebiete_a1.pdf (Stand Oktober 2022)

⁷ https://www.berlin.de/sen/uvk/_assets/natur-gruen/charta-stadtgruen/charta.pdf?ts=1683531724 (Stand Oktober 2022)

⁸ https://www.berlin.de/sen/uvk/_assets/natur-gruen/charta-stadtgruen/handlungsprogramm.pdf?ts=1683531720 (Stand Oktober 2022)

⁹ https://www.berlin.de/sen/bauen/_assets/baurecht-und-bauplanung/barrierefreies-bauen/handbuch-design_for_all_2011_broschure.pdf?ts=1670516144 (Stand Oktober 2022)

¹⁰ Vgl. Zukunft Checkpoint Charlie. Dokumentation des Beteiligungsverfahrens, SenStadt, Februar 2020, S.48.

4. VERKEHR UND MOBILITÄT

- Wie kann der öffentliche Verkehrsraum so umgestaltet werden, dass eine verbesserte Aufenthaltsqualität für die Nutzer*innengruppen geschaffen wird, die die Besucherströme aufnehmen und verteilen kann, sowie die Verkehrssicherheit gewährleistet ist? Dabei sind die Grundsätze aus dem Tourismuskonzept zu beachten. Es sind Überlegungen für ein Gesamtkonzept zu entwickeln, die sowohl die Belange des ÖPNV, des Fuß- und Radverkehrs sowie des Wirtschaftsverkehrs betrachten und Aussagen zum Motorisierten Individualverkehr (MIV) treffen. Die unterschiedlichen Überlagerungen der Verkehrsarten sind in verschiedenen Szenarien zu untersuchen und in Varianten darzustellen.
- Wie kann der Straßenraum verkehrsberuhigt und verkehrssicher gestaltet werden?

Das im Jahr 2018 durch das Berliner Abgeordnetenhaus beschlossene Berliner Mobilitätsgesetz (MobG BE) bildet die rechtliche Grundlage und schafft die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Ziele für verkehrliche Planungen des Landes Berlin. Zweck des MobG BE ist die Bewahrung und Weiterentwicklung eines auf die Mobilitätsbedürfnisse in Stadt und Umland ausgerichteten und dabei stadt-, umwelt-, sozial- sowie klimaverträglich ausgestalteten, sicheren, barrierefreien Verkehrssystems sowie die Gewährleistung gleichwertiger Mobilitätsmöglichkeiten in allen Teilen von Berlin. Im Januar 2021 wurde der inhaltliche Teil zum Fußverkehr im MobG BE festgesetzt. Wesentliches Ziel des MobG BE ist die Förderung des Umweltverbundes, bestehend aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV). Im MobG BE ist beschrieben, dass die Verkehrsmittel und die Infrastruktur des Umweltverbundes so gestaltet werden sollen, dass sie einander optimal ergänzen. „Durch die Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur und durch möglichst geringe Raumanspruchnahme des fließenden und ruhenden Verkehrs soll die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums und die Lebensqualität in der Stadt verbessert werden. In der Stadt werden weitere Räume geschaffen, in denen der motorisierte Individualverkehr keine oder nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.“ Die Friedrichstraße ist in Bezug auf die Infrastruktur im Bestand und in der zukünftigen Planung gut vernetzt, U-Bahn, Buslinien, der geplante Neubau der Straßenbahnstrecke Alexanderplatz-Kulturforum in der Leipziger Straße sowie der Straßenbahnstrecke Spittelmarkt-Mehringdamm in der Axel-Springer-Straße/Lindenstraße. Zur Vernetzung des Radverkehrs sollen im Umfeld Fahrradstraßen entstehen, z. B. in der Zimmerstraße. Das Radvorrangnetz in der parallelen Charlottenstraße und die Führung des Radverkehrs in einem Abschnitt der Friedrichstraße von Besselstraße bis Mauerstraße im Ergänzungsnetz stellen eine Vernetzung sicher. Die klimaresilienten Querschnitte zum Umbau der Zimmerstraße sind im Zuge der Betrachtung des Planungsraumes auszuwerten (Die

Zimmerstraße befindet sich in der Überplanung, Stand: Oktober 2022).

Hier wurden die Grundsätze für die Friedrichstadt „Steinerne Stadt“ ausgesetzt und für die Zimmerstraße überarbeitet. Der Querschnitt sah eine Minimierung der Fahrbahnbreite vor, keine Parkstände für Kfz, nur Liefer- und Ladezonen, offene Regenentwässerung für Fahrbahn und Gehweg in einer dafür vorgesehenen Fläche mit gleichzeitiger Begrünung.

Mögliche Konflikte, die durch überlappende Verkehrsarten verursacht werden, sollen erörtert und Lösungsansätze dargestellt werden. Dabei sollten verschiedene Szenarien in Varianten dargestellt werden, die die Ziele des MobG BE widerspiegeln.

Eine Variante sollte die Möglichkeiten der Vernetzung der verschiedenen Verkehrsarten im Bestand der Friedrichstraße unter Beibehaltung der Fahrbahnaufteilung – Gehweg-Fahrfstreifen betrachten. Andere Varianten könnten sein, Verkehrsarten aus bestimmten Bereichen des Straßenzuges der Friedrichstraße zu separieren, um die Anforderungen einer verbesserten Aufenthaltsqualität zu erreichen. Dabei können die unterschiedlichen Breiten der Verkehrsfläche im Streckenzug der Friedrichstraße in die Betrachtung der Möglichkeiten einbezogen werden. Die Szenarien sollten auch auf die im MobG BE genannten Ziele u.a. der Stärkung des Rad- und Fußverkehrs sowie des ÖPNV ausgerichtet sein, wobei die Ansätze für den Wirtschaftsverkehr (Ver- und Entsorgung) mit zu bedenken sind. Es sind Möglichkeiten für Abstellanlagen, Fahrräder und E-Roller, Ver- und Entsorgung, Mobilitätshubs zu untersuchen, die nicht im öffentlichen Verkehrsraum zu verorten sind.

Da zum derzeitigen Zeitpunkt noch keine aktualisierten Verkehrsuntersuchungen für dieses Gebiet vorliegen, sind die Ergebnisse und Leitlinien im weiteren Planungsverlauf auf die Verkehrsentwicklung abzugleichen.

Weitere Themen und Ziele sind:

- Qualifizierung und Entwicklung der öffentlichen Freiräume, einschließlich der Straßen- und Verkehrsräume,
- Verbesserte Infrastruktur für den Fuß- und Radverkehr,
- Integration klimaverträglicher Mobilitätskonzepte,
- Verknüpfung von öffentlichen Räumen über die Straßenachsen hinweg,
- Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Friedrichstraße (Untersuchungen liegen nicht vor, die Machbarkeitsstudie muss noch angefordert werden. Umleitungsverkehre sind noch nicht festgelegt, UMVK, Stand: Oktober 2022) und Vorrang für den Fußverkehr,
- Prüfen und Aufzeigen von Möglichkeiten zur Umsetzbarkeit der Umgestaltung der Friedrichstraße zwischen der Schützenstraße und Kochstraße als autofreier Bereich (Fußgängerzone mit Fahrradverkehr),
- Die Passfähigkeit der Ideen zu den nach außen angrenzenden Wege- und Straßennetzen ist darzustellen,
- Barrierefreie Gestaltung für alle Nutzergruppen,
- Integrierung von Reisebus- und Sightseeing Busverkehr,

Ideen zu den Querungen im Bereich der Zimmerstraße und der Kochstraße mit der Friedrichstraße sind noch zu entwickeln.

Richtlinien und relevante Dokumente:

- Der Bereich um den Checkpoint Charlie befindet sich nach Nr. 10 Absatz 4 des Allgemeinen Zuständigkeitskatalog (ZustKat AZG), Anlage zu §4 Abs. 1 Satz 1 des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes Berlin¹¹ im Zentralen Bereich. Dementsprechend ist für Planungsvorgaben (u. a. auch Verkehrskonzepte) die Hauptverwaltung zuständig; nur unter Zugrundelegung einer verkehrlich sinnvollen Umverlegung von Verkehren im Bereich der Friedrichstraße wäre eine Verkehrsberuhigung denkbar. Die Untersuchungen liegen noch nicht vor.
- Der B-Plan 1-98 mit Begründung, SenStadt, 31. Januar 2020¹² sieht eindeutige Arten der Nutzung für die jeweiligen Flächen am Checkpoint Charlie vor. So ist der Straßenraum als öffentliches Straßenland gewidmet und der Stadtplatz als Fußgängerbereich zu widmen.
- Regelwerk Straßenraumgestaltung Friedrichstadt, Dorotheenstadt und Friedrichswerder, SenStadt, März 2016¹³ (eine Überarbeitung des Regelwerks durch SenStadt ist angedacht).
- AV Geh- und Radwege, SenUMVK, 31. März 2023¹⁴
- Berlin – Design for all, SenStadt, November 2011¹⁵
- Mobilitätsgesetz Berlin (MobG BE)¹⁶,
- Verkehrsuntersuchung aus dem B-Planverfahren.

5. DENKMALSCHUTZ

- Wie können alle am Ort erhaltenen Bauten, Elemente und Spuren der historischen Grenzanlagen sichtbar gemacht und geschützt werden?
- Wie kann auf historische Strukturen eingegangen werden und wichtige Erinnerungselemente erhalten werden?

Der Betrachtungsraum des Dialogverfahrens umfasst neben den Einzeldenkmalen Mauerstraße 93 und Friedrichstraße 206/Ecke Zimmerstraße 19a das Denkmalensemble „Grenzübergangsstelle Friedrichstraße/Zimmerstraße, Checkpoint Charlie“. Das Denkmal präsentiert sich als außergewöhnlicher städtischer Raum, dessen Einzigartigkeit auf seine ungewöhnliche räumliche Konfiguration zurückzuführen ist, bei der es sich nicht um eine bauliche Einheit, sondern um einen Ort handelt, dessen Geschichte in der zufällig-unregelmäßigen Morphologie der historischen Gebäudereste mit ihren kahlen Brandmauern sowie in den archäologischen Spuren konserviert ist.

Weitere Themen und Ziele sind:

- Die das Denkmal konstituierenden Brandwände sollen zur uneingeschränkten Erlebbarkeit des Denkmals herausgestellt und nicht durch die Schaffung neuer Brandwände verunklart werden. Ein wichtiges Anliegen der Denkmalpflege ist es daher, dass sich die der westlich des künftigen Stadtplatzes gelegenen und die der östlichen Freifläche zugewandten Fassaden deutlich durch die Ausbildung einer eigenen Fassadengestaltung von den authentischen Brandwänden abheben. Hinsichtlich der westlichen Bebauung gilt es zudem eine Fassadengestaltung zu finden, die Missverständnisse in der Deutung des geplanten neuen Stadtplatzes ausschließt. Es handelt sich um einen nicht historisch gewachsenen Stadtplatz, an dem eine für die Ablesbarkeit des Ortes wichtige Baulücke nachträglich geschlossen wird.
- Die einstige Brache, die den Grenzübergang historisch markiert, wird durch die geplante westliche und östliche Bebauung bereits stark reduziert. Um den hier durch die „Leere“ begründeten Zeugniswert des Ortes zu erhalten, sollte der verbliebene Stadtraum von baulichen Vorstellungen weitestgehend freigehalten werden. Der weite Blick in den Stadtraum, insbesondere vom Kreuzungsbereich der Friedrichstraße/Zimmerstraße aus, sollte bei der Gesamtbetrachtung des Raumes Berücksichtigung finden. Auch die un-

https://gesetze.berlin.de/perma?j=VwZustG_BE (Stand Oktober 2022)

¹² <http://mitte.gis-broker.de/bplaene/0100098.pdf> (Stand Oktober 2022), https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/_assets/staedtebau/checkpoint-charlie/begrundung-b-plan-1-98.pdf?ts=1681926485 (Stand Oktober 2022)

¹³ https://www.berlin.de/sen/bauen/_assets/baukultur/regelwerke-stadtgestaltung/regelwerk_strassenraumgestaltung_teil1.pdf (Stand Oktober 2022)

¹⁴ https://www.berlin.de/sen/uvk/_assets/verkehr/service/rechtsvorschriften/bautechnik/av_geh-und_radwege-2023.pdf?ts=1687193039 (Stand Oktober 2022)

¹⁵ https://www.berlin.de/sen/bauen/_assets/baurecht-und-bauplanung/barrierefreies-bauen/handbuch-design_for_all_2011_broschure.pdf?ts=1670516144 (Stand Oktober 2022)

¹⁶ https://gesetze.berlin.de/perma?j=MobG_BE_Inhaltsverzeichnis (Stand Oktober 2022)

- eingeschränkte Sicht auf das einstige Beobachtungsfenster in der Brandwand des Hauses Mauerstraße 88 trägt zur Ablesbarkeit des Erinnerungsortes bei.
- Erhaltene Relikte der Grenzübergangsstelle wie Begrenzungsmauern, unterirdische Schächte und Kabelkanäle sowie bei Grabungen zu erwartende Spuren der Grenzanlagen mit Fundamenten von Wachtürmen, Panzersperren und Sperrmauern gehören zu den wenigen verbliebenen authentischen Zeugnissen dieses geschichtlich international bedeutsamen Ortes. Bei der künftigen Platz-/Freiraumgestaltung, aber auch im Zuge der an den Freiraum angrenzenden baulichen Verdichtung sollen die archäologischen Reste wo immer möglich erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Richtlinien und relevante Dokumente:

- Archäologische Karte, Landesdenkmalamt Berlin¹⁷
- Auszug der Denkmalkarte, Landesdenkmalamt Berlin¹⁸
- Denkmalbegründung (Denkmalkarte),
- Zusammenfassende Darstellung des Gutachtens von Prof. Dr. Leo Schmidt sowie die ergänzende Bestandsaufnahme von der SBM,
- Denkmalbegründung mit dem entsprechenden Ausschnitt der Denkmalkarte, die in Gelb auch die denkmalkonstituierenden Ensemblebestandteile darstellt.

6. TOURISMUS

- Wie kann ein Ort, der jährlich 4 Millionen Besucher*innen anzieht, nachhaltigen Tourismus gewährleisten und komfortable Verweilmöglichkeiten schaffen?¹⁹
- Wie kann der touristische Ort für viele verschiedene Menschen: Anwohner*innen, Berliner*innen und Nicht-Berliner*innen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunftsregion und Bildungsgrad attraktiv gestaltet werden?
- Wie kann die Sicherheit der Besuchenden und die Sauberkeit an dem Platz gewährleistet werden?
- Wie können die Tourist*innen, die mit dem Reisebus unterwegs sind, den Ort besuchen, ohne dass die Reisebusse die Straßen blockieren? Das gleiche gilt auch für Besuchende, die mit dem Fahrrad vor Ort sind?

Weitere Themen und Ziele sind:

- Tourismus nachhaltiger und stadtverträglicher gestalten,
- Aufenthaltsmöglichkeit für Besuchergruppen,
- Erfahrbarmachung der Geschichte des Ortes (Mauerspuren, Ost/West).
- Anteil des Qualitätstourismus in Berlin erhöhen, indem:
 - Menschen angesprochen werden, die ein ureigenes Interesse an der Stadt haben, die an ihrem Lebensgefühl, an der Kultur, der einmaligen Geschichte teilhaben möchten. Im Fokus sollte die Stadt stehen und nicht bestimmte Aktivitäten,

- Positive Begegnungen zwischen Tourist*innen und Berliner*innen entstehen,
- Berliner*innen von den Ausgaben der Tourist*innen profitieren, jedoch der Tourismus nicht zu Preissteigerungen führt,
- Das Angebot den Mindeststandards genügt oder diese sogar übertrifft und Tourist*innen sich entlang der Leistungskette auf die versprochene Qualität verlassen können,
- Der ökologische Impact so gering ausfällt wie möglich.
- Aktive Besucherlenkung zur besseren Entzerrung der Tourismusströme:
 - Z.B. durch zeitliche Entzerrung (Saison, Tageszeiten),
 - Z.B. durch innovative Informations- und Leitsysteme, barrierefreie und mehrsprachige Beschilderungen,
 - Verknüpfung mit weiteren Orten, Points of Interests zum gleichen Thema.
- Kultur der Gastlichkeit pflegen und ausbauen,
- Sauberkeit am Standort erhöhen (Maßnahmen zur Müllvermeidung, Bereitstellung Toiletten),
- Sicherheit am Standort erhöhen (individuelles Sicherheitskonzept, Beleuchtungskonzept).

Richtlinien und relevante Dokumente:

- Konzept für einen stadtverträglichen und nachhaltigen Berlin-Tourismus 2018+, SenWiEnBe, 2017²⁰
- Besucher- und Potenzialanalyse, East Side Gallery und Checkpoint Charlie für die Stiftung Berliner Mauer, Marktforschung Hopp, 8. August 2019 (es handelt sich um eine Hochrechnung auf relativ kleiner Datenbasis, erhoben in jeweils einer Woche im Mai und im Juli 2019. Aus diesem Grund kommuniziert die SBM oft nur ca. 4 Mio. und nicht die 4,5 Mio., die in der Studie genannt sind.),
- Handout Qualitätstourismus in Berlin. Definition, SenWiEnBe, März 2021²¹, wonach Qualitätstourismus in Berlin bedeutet:
 - Für Besucher*innen die Verbesserung der Möglichkeiten, die Metropole und ihre Menschen positiv zu erleben, sich während des Aufenthalts wohlfühlen und nach der Reise zufrieden zu sein.
 - Für Berliner*innen: die Verbesserung der Möglichkeiten zu Wertschätzung, positiver Begegnung und wirtschaftlicher Partizipation durch Tourismus. Diese Möglichkeiten unterscheiden sich je nach dem Bezug zum Tourismus – von Menschen, die selbstständig oder angestellt direkt mit Besucher*innen arbeiten bis zu Menschen, die wenig Berührungspunkte mit Besucher*innen haben.
- Für die globale Gesellschaft: die Minimierung der schädlichen Umweltwirkungen des Tourismus, insbesondere die Reduzierung des touristischen CO₂-Fußabdrucks.

7. NUTZUNGEN

- Welche Nutzungen unterstützen künftig den Ort als Bildungs- und Erinnerungsort?
- Welche Nutzungen, insbesondere in den Erdgeschossen, stärken den gewünschten Charakter der öffentlichen Flächen, welche sind eher schwer vorstellbar/ auszuschließen (Für alle Nutzungen außerhalb der öffentlichen Flächen ist das Verfahren auf den Willen des*der Investor*in angewiesen)?
- Welche Nutzungen stärken den Charakter des Bildungs- und Erinnerungsortes?

Dazu gehören das Aufzeigen von vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten im Gebäudebestand und in Neubauvorhaben mit dem Ziel, einen der Bedeutung angemessenen Ort mit robuster Nutzungsmischung aus Wohnen, Arbeiten, Handel, Tourismus, Erholung und Erinnerung zu ermöglichen, der sowohl für Besucher*innen als auch Berliner*innen attraktiv ist.

Weitere Themen und Ziele sind:

- Zusammenspiel der Nutzungen,
- Hoher Wohnanteil mit Festlegung zum Sozialwohnungsanteil,
- Betriebe der Beherbergungsgewerbe sind im Bebauungsgebiet ausgeschlossen,
- Temporäre Nutzungen.

Richtlinien und relevante Dokumente:

- B-Plan 1-98 mit Begründung, SenStadt, 31. Januar 2020²²

8. NACHHALTIGKEIT

- Wie kann die Entwicklung am Checkpoint Charlie und der entstehende öffentliche Raum dem Klimaschutz dienen und wie ist er dem Klimawandel anzupassen?

Die signifikante Bedeutung des Klimawandels erfordert besondere Maßnahmen für Klimaschutz und -anpassung. In dieser Hinsicht sollten die zukünftigen Planungen auf den Aspekt der Nachhaltigkeit Rücksicht nehmen. Die UN-Nachhaltigkeitsziele oder auch Sustainable Development Goals (SDG) genannt, umfassen alle drei Dimensionen von Nachhaltigkeit: Soziales, Wirtschaft und Umwelt. Die Bundesregierung verpflichtet sich zu einer ehrgeizigen Umsetzung dieser Agenda, die mit einem grundlegenden Umbau von Strukturen, Prozessen sowie Denk- und Verhaltensweisen in den nächsten Jahren einhergeht. Dies korrespondiert mit dem übergeordneten Ziel der Sicherung einer langfristig nachhaltigen Stadtentwicklung für Berlin und seiner Stadtquartiere. Der Senat von Berlin hat am 31. Mai 2011 den Stadtentwicklungsplan Klima (StEP Klima 2011) beschlossen. Der StEP Klima KONKRET (2016) ist ein Werkzeug- und Ideenkasten für die Klimaanpassung, er vertieft und profiliert die Inhalte des StEP Klima 2011 bezüglich der Maßnahmen zur Anpassung der Stadt Berlin an die Folgen des Klimawandels, besonders hinsichtlich der Themen der hitzeangepassten Stadt und der wassersensiblen Stadtentwicklung.²³ Die Konzeptansätze der wassersensiblen Stadtentwicklung lauten: versickern, verdunsten, speichern, zurückhalten und über Notwasserwege ableiten (StEP Klima KONKRET – Klimaanpassung in der wachsenden Stadt, SenUMVK, Berlin, Juni 2016). Für die schnelle Ableitung von großen Niederschlagsmengen sollte die Stadt ihre Oberfläche so gestalten, dass das Regenwasser wie ein Schwamm gespeichert und an Hitzetagen zum Kühlen wieder abgegeben werden kann. Durch die entstehende Verdunstungskühlung kann Hitzestress reduziert und dadurch die Wohn- und Lebensqualität verbessert werden.

<https://fbinter.stadt-berlin.de/fb/index.jsp?loginkey=zoomStart&mapId=fundstellen@senstadt&bbox=391223,5819085,392546,5820342> (Stand Oktober 2022)

¹⁸ <https://fbinter.stadt-berlin.de/fb/index.jsp?loginkey=show-Map&mapId=denkmal@senstadt> (Stand Oktober 2022)

¹⁹ Besucher- und Potenzialanalyse Checkpoint Charlie für die Stiftung Berliner Mauer, Marktforschung Hopp, 8. August 2019

²⁰ https://about.visitberlin.de/sites/default/files/2018-02/Tourismus-konzept_Berlin_Studie_2017.pdf (Stand: Oktober 2022)

²¹ <https://about.visitberlin.de/sites/default/files/2021-03/Handout%20Qualitaetstourismus.pdf> (Stand: Oktober 2022)

²² <http://mitte.gis-broker.de/bplaene/0100098.pdf> (Stand Oktober 2022), https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/_assets/staedtebau/checkpoint-charlie/begrundung-b-plan-1-98.pdf?ts=1681926485 (Stand Oktober 2022)

²³ StEP Klima KONKRET – Klimaanpassung in der Wachsenden Stadt, SenUMVK, Juni 2016, <https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/wasser-und-geologie/regenwasser/klimawandel-und-regenwasser/>, (Stand: Oktober 2022 Stadtentwicklungsplan Zentren 2030, SenStadt, 2019)

Für die Entwicklung von städtebaulichen Varianten und Leitlinien sollen die Kernaussagen des StEP Klima / StEP Klima KONKRET sowie das „Konzept zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Berlin – AFOK“ vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung beachtet werden. Das AFOK bezieht sich auf die Ziele des Berliner Energiewendegesetzes – EWG Bln, das die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit und den Erhalt der Funktionsfähigkeit der städtischen Infrastruktur und der urbanen Lebensqualität zur Verpflichtung des Berliner Senats macht.

Weitere Themen und Ziele sind:

- Zusammen denken mit dem Umbau der Friedrichstadt (z. B. sind Rigolen vorgesehen) und den Konzepten der fahrradgerechten Stadt,
- Verkehrsberuhigung,
- Erhöhung des Anteils naturhaushaltswirksamer Flächen (Entsiegelung sowie Dach- und Fassadenbegrünung),
- Verbesserung der bioklimatischen Situation und der Durchlüftung,
- Wassermanagement und Bewirtschaftung des Regenwassers vor Ort durch Verdunstung, Nutzung, Versickerung und Speicherung,
- StEP Zentren: „Die Umsetzung dieser Ziele unterstützt eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne einer Stadt der kurzen Wege. Wer sich in seinem Kiez gut versorgen kann, muss keine weiten Wege mit dem Auto fahren. Die polyzentrale Struktur Berlins – ergänzt um ein dichtes Netz an wohnungsnahen Grundversorgungsangeboten des Einzelhandels – unterstützt damit auch die klima- und verkehrspolitischen Ziele der Stadt.“²⁴

Richtlinien und relevante Dokumente:

- StEP Zentren, SenStadt, August 2019 (Die Friedrichstraße gehört zum Zentrumsbereichskern, ebenso der nahe gelegene Bereich Leipziger Platz und der Potsdamer Platz)²⁵,
- StEP Klima – Urbane Lebensqualität im Klimawandel sichern, SenStadt, August 2011,
- StEP Klima KONKRET – Klimaanpassung in der Wachsenden Stadt, SenUMVK, Juni 2016
- Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Berlin – AFOK, SenStadt, 2016²⁶,
- Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz – EWG Bln,
- „1.000 grüne Dächer“ Programm, SenUMVK.²⁷

https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/_assets/planung/stadtentwicklungplaene/step_zentren_2030.pdf?ts=1687174142
(Stand Oktober 2022)

²⁵ <https://www.berlin.de/sen/uvk/klimaschutz/anpassung-an-den-klimawandel/programm-zur-anpassung-an-die-folgen-des-klimawandels/> (Stand Oktober 2022)

²⁶ [https://www.berlin.de/sen/uvk/natur-und-gruen/stadtgruen/stadtgruen-projekte/1-000-Abb-68-Öffentlicher Raum entlang der Zimmerstraße \(TSPA 2022\). grüne-daecher/](https://www.berlin.de/sen/uvk/natur-und-gruen/stadtgruen/stadtgruen-projekte/1-000-Abb-68-Offentlicher-Raum-entlang-der-Zimmerstra%C3%9Fe-(TSPA-2022).gruene-daecher/), Stand: Oktober 2020

Checkliste

Aus den Schlüsselthemen wurde die nachfolgende Checkliste abgeleitet, die objektivierbare Kriterien für die Entwicklung des Checkpoint Charlie als Bildungs- und Erinnerungsort auflistet. Die Checkliste diene vorrangig in der Zwischenpräsentation dafür, die städtebaulichen Szenarien des Planungsteams zu vergleichen und zu diskutieren.

Themen Checkliste — Städtebauliche Szenarien

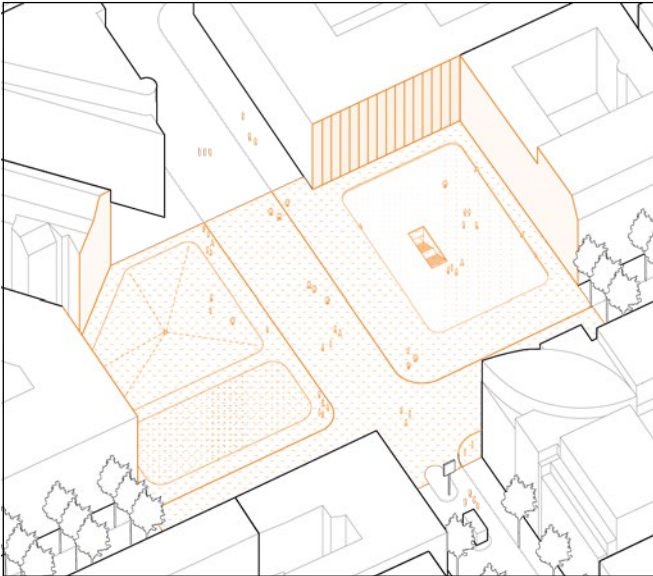
- » Die Checkliste ermöglicht den Vergleich der städtebaulichen Szenarien anhand objektivierbarer Kriterien
- » Die Checkliste bewertet nicht und wird flexibel angewendet werden - sie muss keinesfalls "abgearbeitet" werden
- » Die Erkenntnisse des Beteiligungsverfahrens und des städtebaulichen Workshopverfahrens sollen mit einbezogen werden und sind in der Checkliste in jedem Kriterium (Leitlinien 2018 und DNA) mit aufgeführt



1. ALLGEMEINE KRITERIEN	NOTIZEN
a) Ist der Titel aussagekräftig und inspirierend?	
b) Ist verständlich, wie der Ort zukünftig als Bildungs- und Erinnerungsort genutzt werden kann?	
c) Finden sich die Ergebnisse der Diskussion der öffentlichen Veranstaltungen wieder?	
d) Baut das Szenario auf Aufgabenstellung und Dokumentation auf?	
e) Sind Nachhaltigkeitsaspekte oder Klimawandelresilienz berücksichtigt?	
2. STÄDTEBAU	
a) Sind Aufenthaltsqualität, Durchwegung und Gestaltung des öffentlichen Raums, etwa für den Stadtplatz und den Bildungs- und Erinnerungsort, vorstellbar?	
b) Ist das Zusammenspiel zwischen einem möglichen Gebäude auf der Gemeinbedarfsfläche und der nördlich angrenzenden Wohnbebauung ein Thema des Szenarios?	
c) Ist die Gestaltung des Übergangs zwischen öffentlichem Raum und privaten Nutzungen ein wichtiges Thema des Szenarios?	
Leitlinien 2018: Entstehung eines urbanen Platzes beiderseits der Friedrichstraße und ein ausreichend großer Vorplatz für den Bildungs- und Erinnerungsort	
CpC DNA: Sichtbarkeit des möglichen Gebäudes für den Bildungs- und Erinnerungsort	
3. FREIRAUM	
a) Wird die Gestaltung des öffentlichen Raums thematisiert, ist er einladend für alle Generationen, soziale Schichten, für Anwohnende und Gäste? Gibt es vielfältige Freiraumangebote für die Bewohnenden, Touristen und Gedenkkultur?	
b) Ist die Aufenthaltsqualität für den Stadtplatz und die Gemeinbedarfsfläche ein wichtiges Thema des Szenarios?	
Leitlinien 2018: Zusammendenken beider Grundstücke und Eignung der Freiräume für eine museale Nutzung	
CpC DNA: Ermöglichung großer und grüner Freiräume	
4. VERKEHR UND MOBILITÄT	
a) Sind die Belange des ÖPNV, des Fuß- und Radverkehrs sowie des Wirtschaftsverkehrs ein wichtiges Thema des Szenarios?	
b) Werden Aussagen zu motorisierten Individualverkehr (MIV) und Reisebussen sowie dem Verkehr zur Ver- und Entsorgung gemacht?	
c) Ist ein reibungsarmes Nebeneinander der unterschiedlichen Verkehrsarten (Umgang mit dem Ort im Zusammenhang der Fahrradstraße und Abstellanlagen) vorstellbar?	
d) Sind die Verkehrs- und Freiraumkonzepte zusammen vorstellbar?	
e) Ist eine gute Erreichbarkeit des Orts ablesbar?	
Leitlinien 2018: Ruhigere und sicherere Gestaltung des Straßenraums	
5. KULTUR UND BILDUNG	
a) Ist die räumliche Formulierung oder Gestaltung der kulturellen Nutzungsbedarfe ein wichtiges Thema des Szenarios?	
b) Werden historische Erinnerungen am Ort räumlich oder konzeptionell thematisiert?	
Leitlinien 2018: Historie und besonderer Charakter des Ortes wird respektiert und hervorgehoben	
CpC DNA: Die Geschichte des Ortes wird erlebbar gemacht (z.B. durch Einbindung von Bau- und Bodenzugnisse)	
6. DENKMALSCHUTZ	
a) Ist die Sichtbarmachung von am Ort erhaltenen Bauten, Elemente und Spuren der historischen Grenzanlagen ein wichtiges Thema des Szenarios?	
b) Ist der Erhalt wichtiger Erinnerungselemente, historischer Strukturen und deren räumlichen Inszenierung ein wichtiges Thema des Szenarios?	
c) Wird der denkmalgeschützte Raum erhalten?	
Leitlinien 2018: Brandwände ausreichend sichtbar machen	
7. TOURISMUS	
a) Ist die Gestaltung des nachhaltigen Tourismus und Gewährleistung von komfortablen Verweilmöglichkeiten ein wichtiges Thema des Szenarios?	
b) Wird die Attraktivität für Anwohner*innen und Berliner*innen am Ort gestärkt?	
c) Ist die Sicherheit der Besuchenden und das Ankommen mit verschiedenen Verkehrsmitteln (Fahrrad, ÖPNV, Bus) ein Thema des Szenarios?	
CpC DNA: Vielfältiges Angebot für Berliner*innen und Nicht-Berliner*innen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunftsregion und Bildungsgrad	

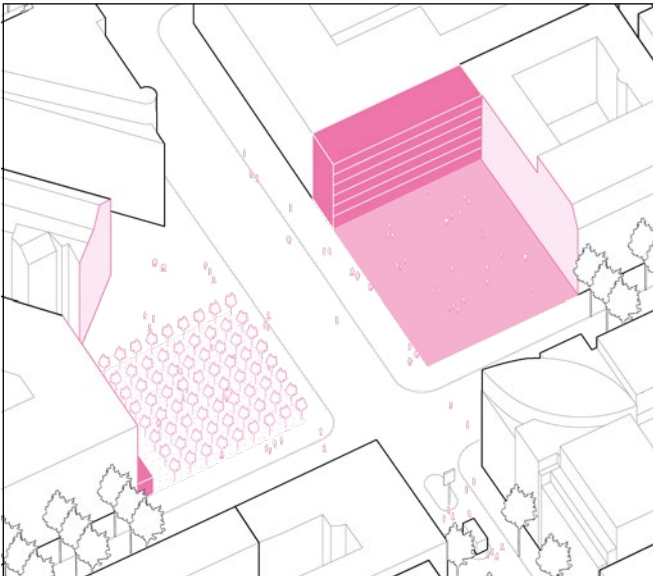
Die Szenarien

Anhand der Schlüsselthemen wurden vom Planungsteam fünf städtebauliche Szenarien entwickelt, welche Vorschläge zum Umgang mit den Schlüsselthemen des städtebaulichen Dialogverfahrens zum Checkpoint Charlie visualisieren. Dabei handelte es sich nicht um umzusetzende Entwürfe, sondern um die Visualisierung von Annahmen. Vorstellbar wurden Möglichkeiten der zukünftigen Gestaltung des Bildungs- und Erinnerungsortes durch Beispiele der Anordnungen und Volumen von neuen Baukörpern und Elementen der Freiraumgestaltung, etc. Die Szenarien wurden in der Zwischenpräsentation und online auf mein.Berlin.de mit der Öffentlichkeit diskutiert.



A - RELIEF

Szenario A zielt auf eine weitgehende Freihaltung des Ortes. Der aufgeräumte, neue Platz spannt sich als durchgehendes Plateau mit einheitlicher Materialität zwischen den beiden ortsprägenden, historischen Brandwänden auf und integriert die Friedrich- und Zimmerstraße. Tritt man aus dem begrünten Stadtraum der angrenzenden Straßen, präsentiert er sich als strenger, reduzierter Ort, indem er die Leere des ehemaligen Grenzüberganges erlebbar macht. Die Elemente des Freiraumes sind gleich einem Relief in den Bodenbelag des Platzes eingeschrieben.

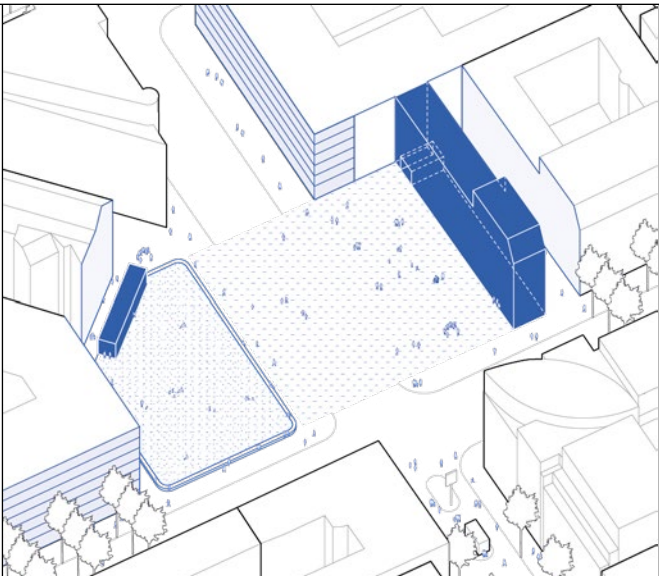


B - PROJEKTION

Szenario B geht von zwei separaten Plätzen beidseitig der Friedrichstraße aus. Der Baukörper des Bildungs- und Erinnerungsortes wird als Scheibe vor der Brandwand des nördlich angrenzenden Neubaus errichtet, wodurch ein großzügiger Vorplatz entsteht. Er wird als Projektion der Fassade in ähnlicher Materialität ausgeführt. Auf dem Stadtplatz wird die angrenzende Fassade des Neubaus begrünt und auch hier als Projektion durch eine Bepflanzung des Stadtplatzes horizontal fortgeführt. Ein eingeschossiger Pavillon ergänzt den Stadtplatz.

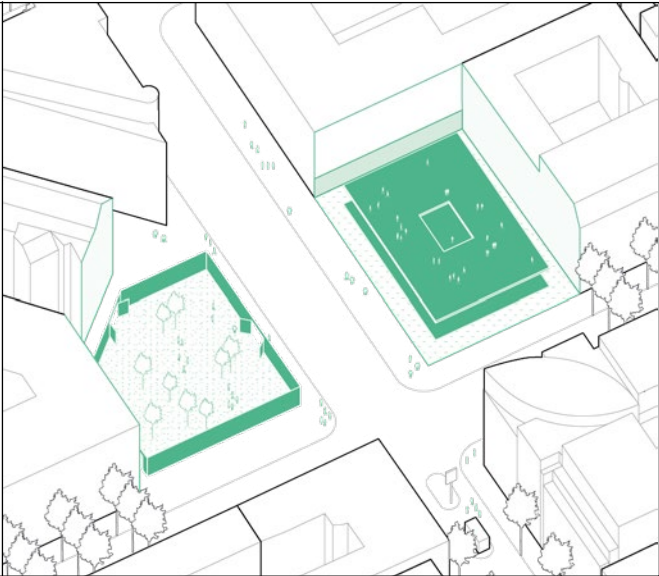
C - NEUORDNUNG

Szenario C sieht für den Bildungs- und Erinnerungsort eine Verdoppelung der östlichen historischen Brandwand durch einen abgerückten scheibenförmigen Bau vor. Das Ensemble der Brandwände bleibt dabei visuell erhalten, die historische Brandwand ist aus den Ausstellungsräumen und dem Zwischenraum weiterhin sichtbar. Ein großzügiger Vorplatz integriert die Friedrichstraße als Begegnungszone, der Stadtplatz wird durch eine leicht erhöhte Grünfläche geprägt, die zum Verweilen einlädt.



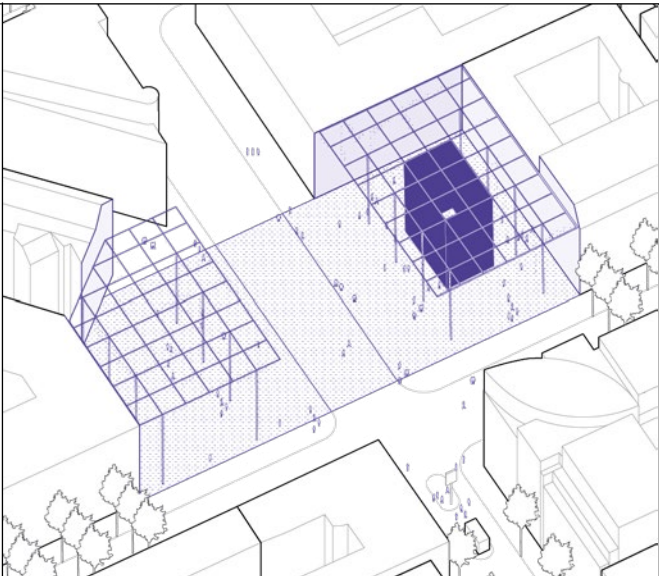
D - ZWEI RÄUME

Szenario D sieht mit einer eingeschossigen, flächigen Bebauung eine Anhebung des Platzes vor, die Innen- und Außenräume ausbildet. Die Plattform ermöglicht einen erhöhten Blick auf den Ort und das Ensemble der historischen Brandwände. Komplementär zu diesem Baukörper wird der Stadtplatz als umschlossener Garten konzipiert, der an das Niemandsland des Mauerstreifens erinnern lässt.



E - KONDITION

Szenario E sieht einen durchgehenden, verkehrsfreien Platz beidseitig der Friedrichstraße vor, der durch eine bepflanzte Struktur überdacht wird und einen geschützten Ort im Stadtraum bildet. Während der Platz weitgehend leergehalten wird und einen freien Blick auf die historischen Brandwände und Artefakte ermöglicht, wird mit der Struktur ein erhöhter Grünraum geschaffen, der dem Ort eine besondere Atmosphäre verleiht.

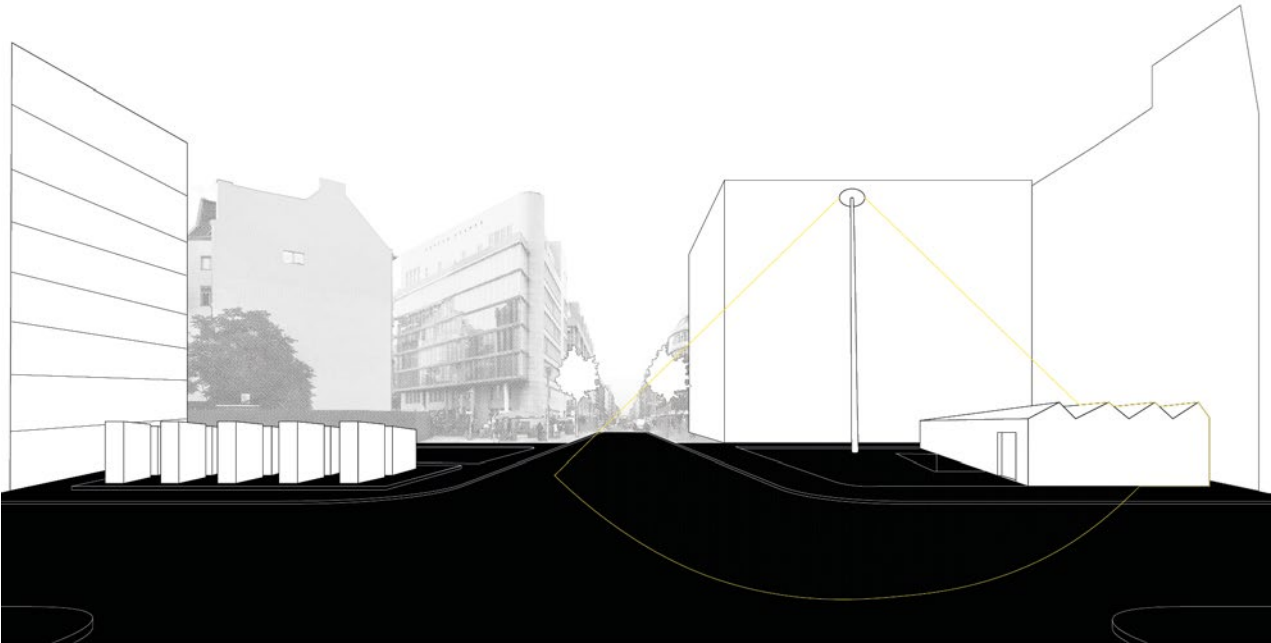


Die Varianten

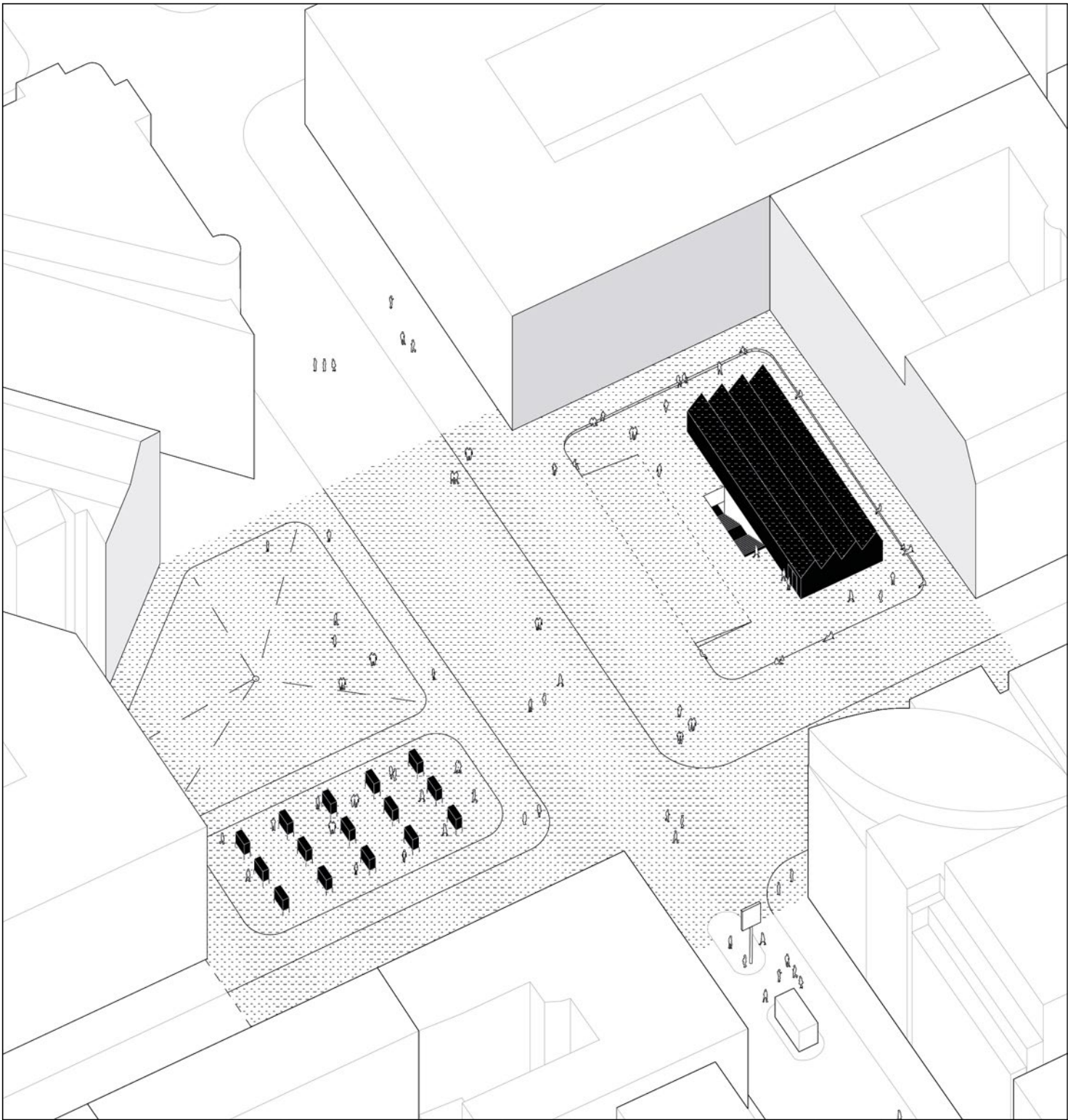
Die nachfolgend dokumentierten Varianten wurden bei der Planungswerkstatt am 29.11.2022 gemeinsam mit einem ersten schriftlichen Entwurf der Leitlinien durch das Planungsteam präsentiert. Sie brachten beispielhaft die dort formulierten Annahmen für die Schlüsselthemen Bildungs- und Erinnerungsort, Städtebau und Freiraum, Neubaufasaden, Denkmalschutz sowie Verkehr in drei städtebaulichen Entwürfen zusammen. Dabei handelte es sich nicht um umzusetzende Entwürfe, sondern um die Visualisierung von Annahmen. Es war charakteristisch für den Prozess, dass zwischen einzelnen für sich genommen legitimen Anforderungen aus den Bereichen der Schlüsselthemen Zielkonflikte deutlich wurden. Das Ziel war es daher auch, in der Formulierung der Leitlinien auf einen gemeinsamen Nenner hinzuarbeiten, der die wichtigsten Grundvoraussetzungen verbindlich festlegte, zugleich aber genügend Interpretationsmöglichkeiten für die Entwicklung des Ortes und für die künftigen Verfahren ermöglichte.

VARIANTE I

Variante I sieht eine weitgehende Freihaltung des Ortes vor. Der aufgeräumte, neue Platz spannt sich als durchgehende Fläche mit einheitlicher Materialität zwischen den beiden ortsprägenden, historischen Brandwänden auf und integriert die Friedrich- und Zimmerstraße. Tritt man aus dem begrünten Stadtraum der angrenzenden Straßen, präsentiert er sich als strenger, reduzierter Ort. Wie in einem Relief sind die Elemente des Freiraums in den Bodenbelag des Platzes eingelassen. Der Bau für den Bildungs- und Erinnerungsort wird weitestgehend unterirdisch konzipiert, die Seminar- und Ausstellungsräume werden durch Oberlichter belichtet und sind vom Außenbereich einsehbar. Die beiden Flächen beidseitig der Friedrichstraße werden als zusammenhängender erinnerungskultureller Stadtraum begriffen.



↑ Abb. 25: Variante I, Perspektive, Blick Richtung Norden



↑ Abb. 26: Variante I, Axonometrische Darstellung des Bildungs- und Erinnerungsortes

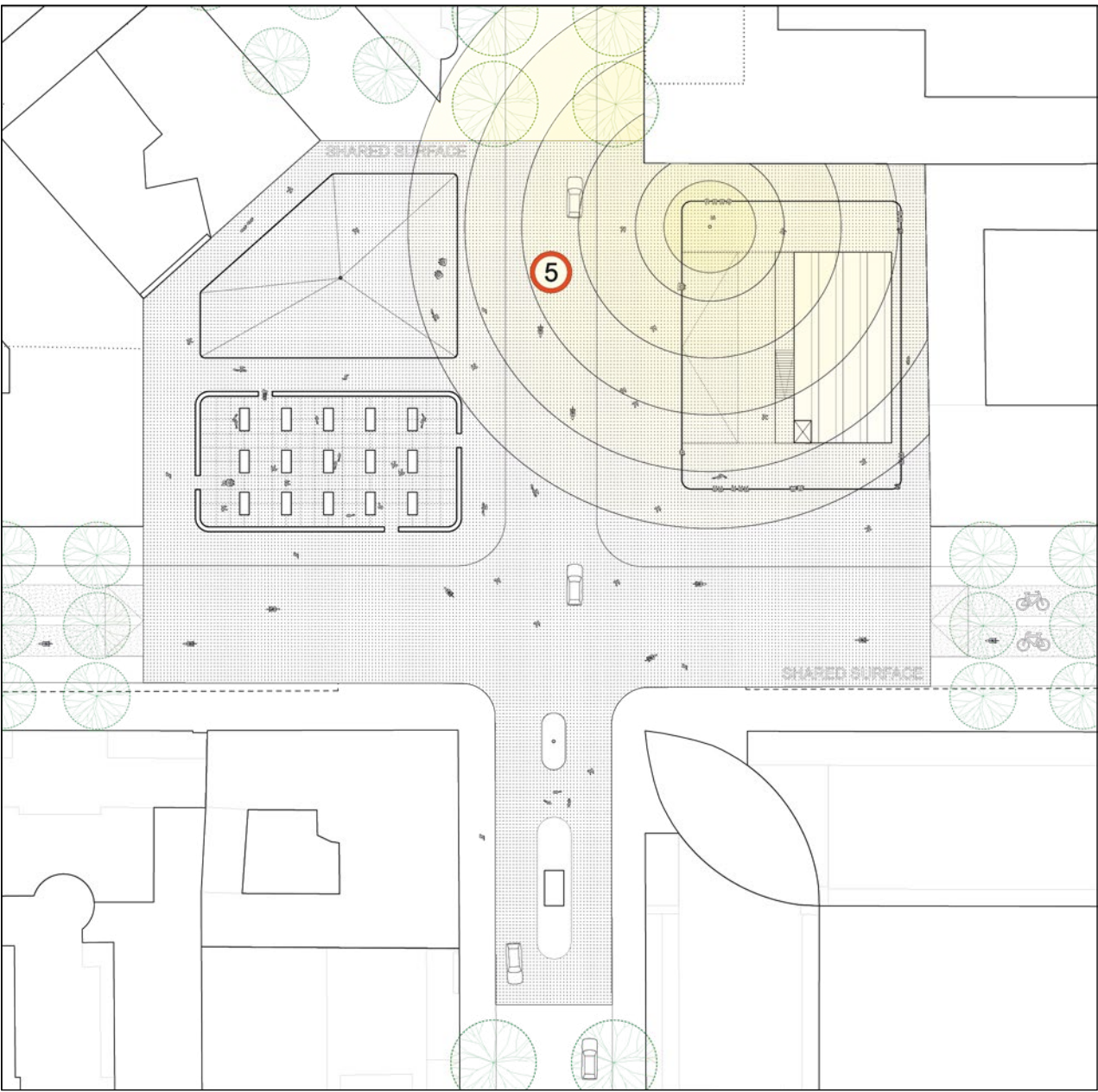
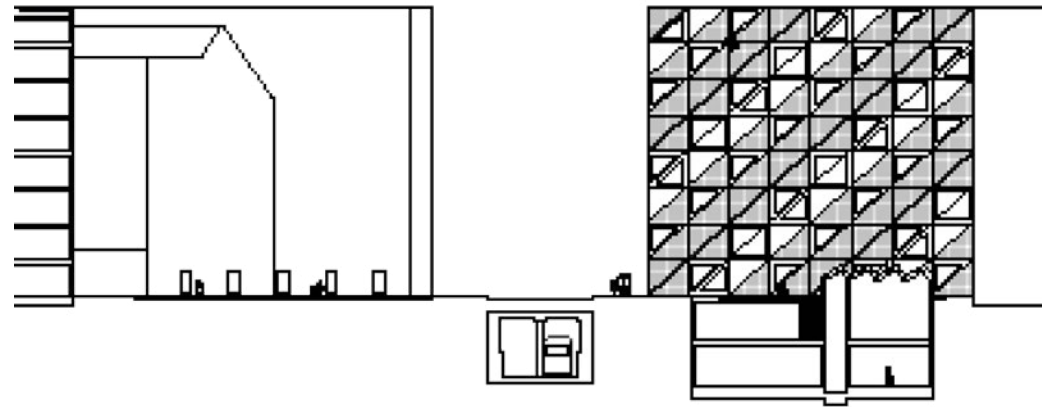


Abb. 27: Variante I, Schnitt, Ansicht, Blick Richtung Norden



Abb. 29: Variante I, Verkehrskonzept

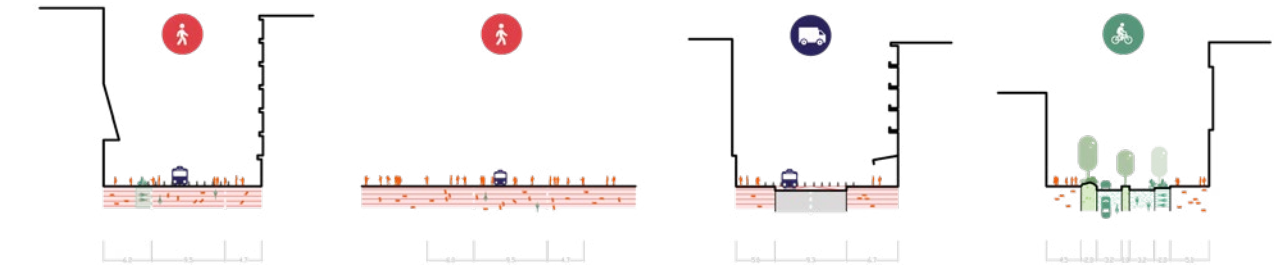
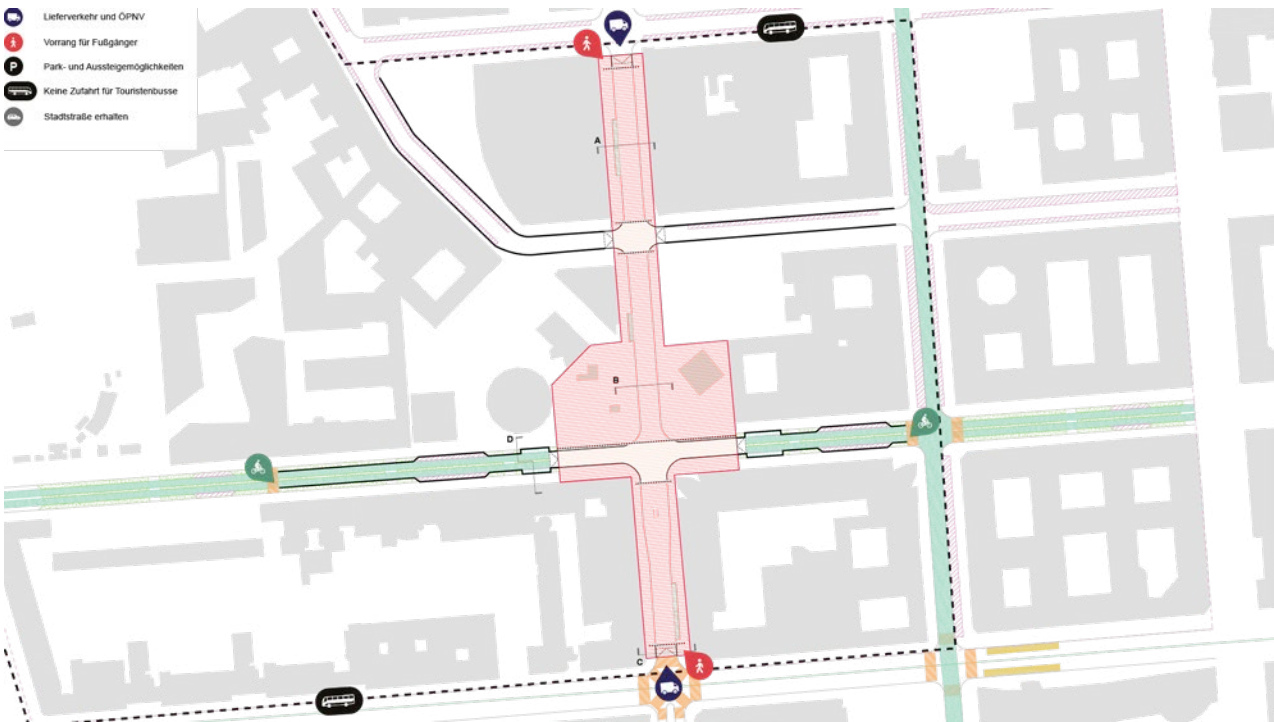
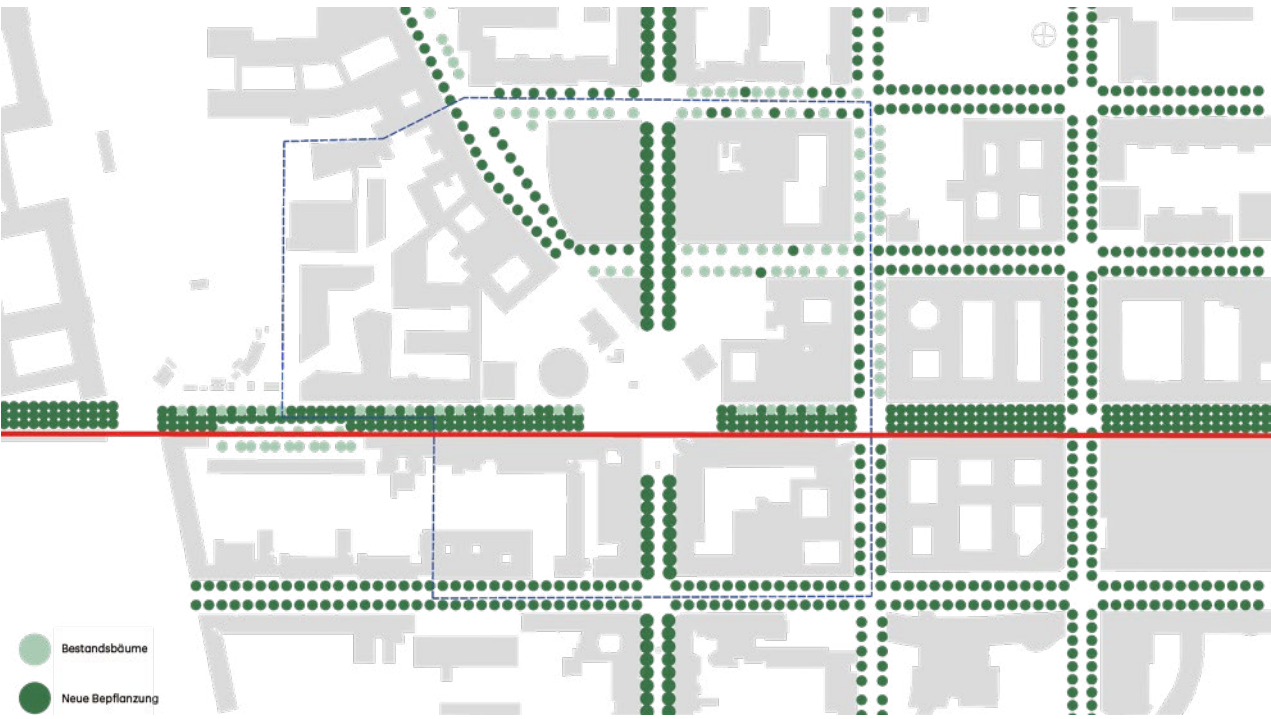


Abb. 30: Variante I, Straßenprofile



Abb. 28: Variante I, Lageplan



↑ Abb. 31: Variante I, Freiraumkonzept

BEWERTUNG VARIANTE I

1. Bildungs- und Erinnerungsort

Ein Zielkonflikt in der Konzeption des Gebäudes bestand grundsätzlich zwischen dem Anspruch, den Stadtraum möglichst leer zu halten und zugleich funktionale Räume für Ausstellungen und Veranstaltungen zu ermöglichen. Die Variante I wurde aus dem Szenario A weiterentwickelt. Das ursprünglich vollständig unterirdische Gebäude für den Bildungs- und Erinnerungsort wurde durch einen Eingangspavillon ergänzt. Der weitgehend freigehaltene Stadtraum des Erinnerungsortes wird in das Ausstellungskonzept einbezogen. Die Erhaltung der Leerstelle bei gleichzeitiger Repräsentation des Gebäudes im Stadtraum wurde als positiv bewertet. Als Risiken für diese Variante sind die eingeschränkten Belichtungsmöglichkeiten und die erhöhten Kosten für ein großes unterirdisches Bauvolumen zu nennen.

2. Städtebau und Freiraum

Die Betonung eines zusammenhängenden, erinnerungskulturellen Stadtraumes beidseitig der Friedrichstraße durch einen einheitlichen Bodenbelag sowie die integrierten Sitzstufen wurde als positiv für die Wahrnehmung und Aufenthaltsqualität des Ortes bewertet und fand Eingang in die Leitlinien. Ein Zielkonflikt ergab sich zwischen dem Ansatz, für den zentralen Bildungs- und Erinnerungsort Baumpflanzungen auszuschließen gegenüber dem ebenfalls vertretenden Wunsch, im Sinne der Klimaanpassung einen begrünten Stadtplatz mit hoher Aufenthaltsqualität zu gestalten. Als kritisch wurde gesehen, dass keine alternativen schattenspendenden Elemente oder Begrünungen dargestellt wurden. Die Idee eines Tages- und Nachtkonzeptes durch ein einheitliches Beleuchtungskonzept wurde begrüßt und in die Leitlinien aufgenommen.

3. Neubaufassaden

Die Gestaltung der Neubaufassaden war einer der am meisten diskutierten Aspekte der Entwürfe. Der Ansatz, die Fassadenöffnungen durch ein großformatiges Muster oder Wandbild in den Hintergrund treten zu lassen und durch ein ähnliches Gestaltungsprinzip den Eindruck eines zusammenhängenden erinnerungskulturellen Stadtraumes zu betonen, wurde als sehr positiv bewertet. Die klare Unterscheidbarkeit von den historischen Brandwänden und die Forderung nach einer visuellen Zurückhaltung und Integration in ein Gesamtkonzept wurden Teil der Leitlinien. Auch die Möglichkeit einer erinnerungskulturellen Bespielung der Fassaden wurde als Chance für den Ort gewertet.

4. Denkmalschutz

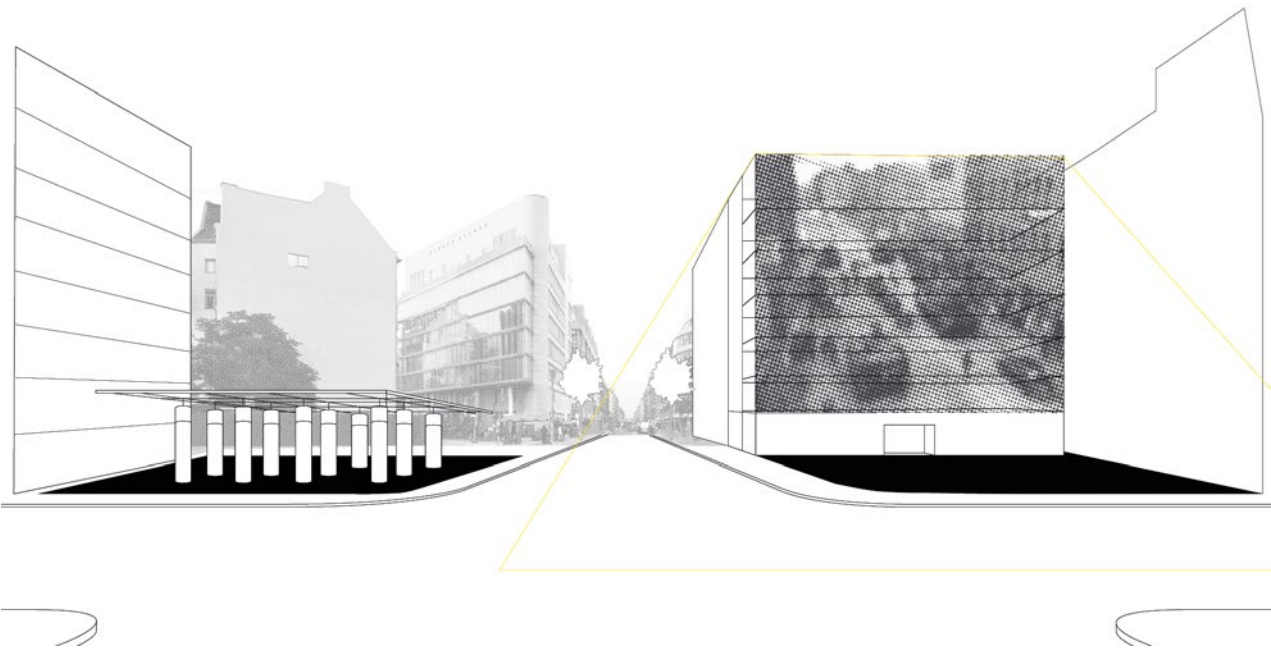
Durch den weitgehend unterirdischen Bau mit einem niedrigen Eingangspavillon bietet der Ansatz der Variante I die Chance, die historischen Brandwände bestmöglich zur Geltung zu bringen. Die Sichtbarmachung der Bodendenkmäler und historischen Spuren wurde begrüßt. Mögliche Konflikte mit dem unterirdischen Bau und bei der Positionierung des Pavillons sind jedoch auch in dieser Variante zu beachten.

5. Verkehr

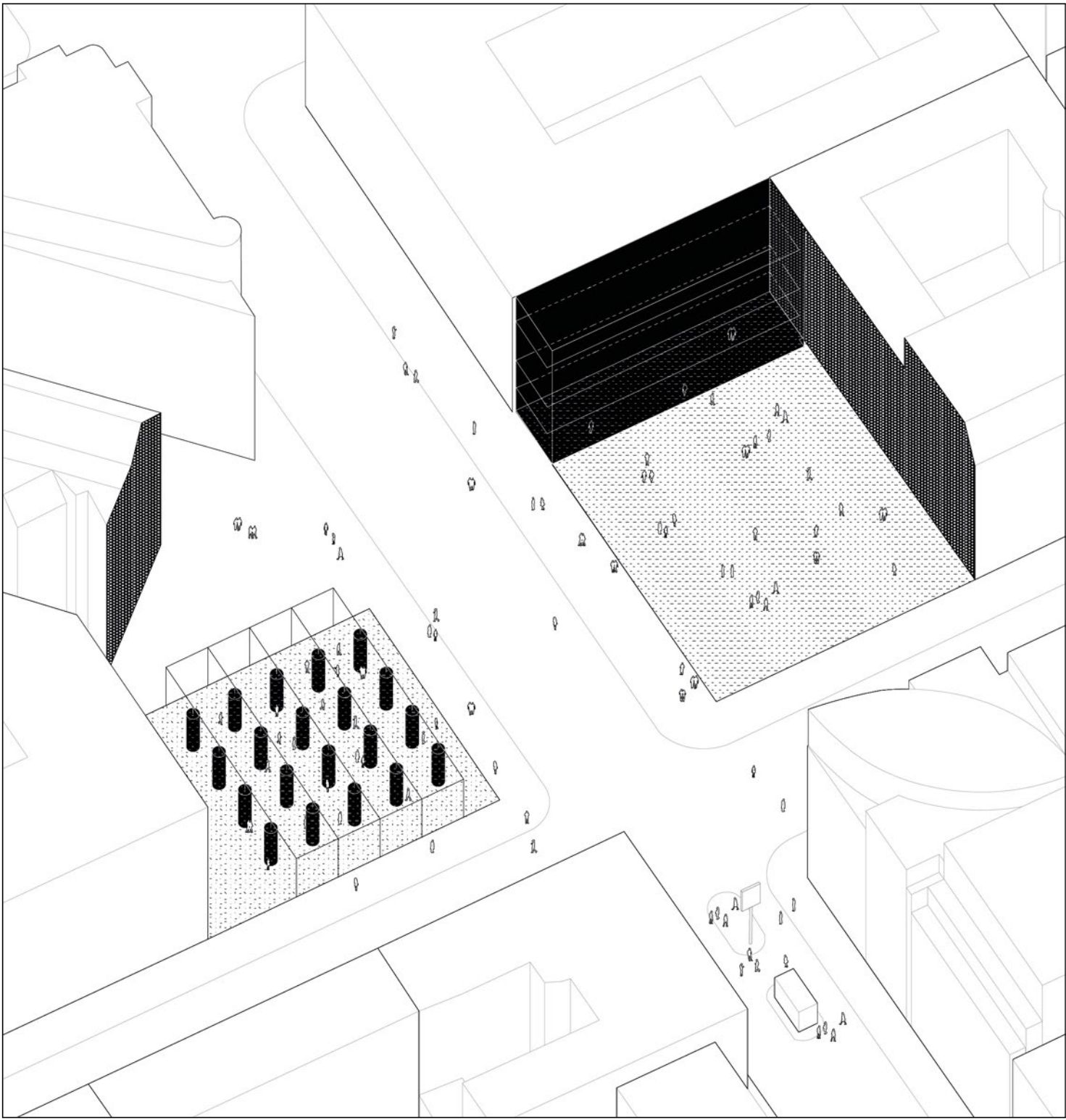
Das Verkehrskonzept der Variante I sah eine Shared Surface im gesamten Bereich zwischen Rudi-Dutschke-Straße und Krausenstraße vor. Die Verkehrsberuhigung wurde allgemein begrüßt, zugleich jedoch auf mögliche Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmern hingewiesen.

VARIANTE II

Variante II sieht eine stärkere Eigenständigkeit der Flächen beidseitig der Friedrichstraße vor, gleichwohl bilden sie einen zusammenhängenden erinnerungskulturellen Stadtraum. Der Baukörper des Bildungs- und Erinnerungsortes wird als Scheibe vor der Brandwand des nördlich angrenzenden Neubaus errichtet, wodurch ein großzügiger Vorplatz entsteht. Die Fassade des Bildungs- und Erinnerungsortes dient als großer Screen, auf welchem in langsamer Abfolge historische Fotografien des Ortes gezeigt werden, die einen direkten Vergleich mit dem heutigen Zustand zulassen. Als temporäre Lösung, bis der Bau für den Bildungs- und Erinnerungsort realisiert wird, wird die Brandwand des östlichen Neubaus für eine künstlerische Gestaltung freigegeben.



↑ Abb. 32: Variante II, Perspektive, Blick Richtung Norden



↑ Abb. 33: Variante II, Axonometrische Darstellung des Bildungs- und Erinnerungsortes

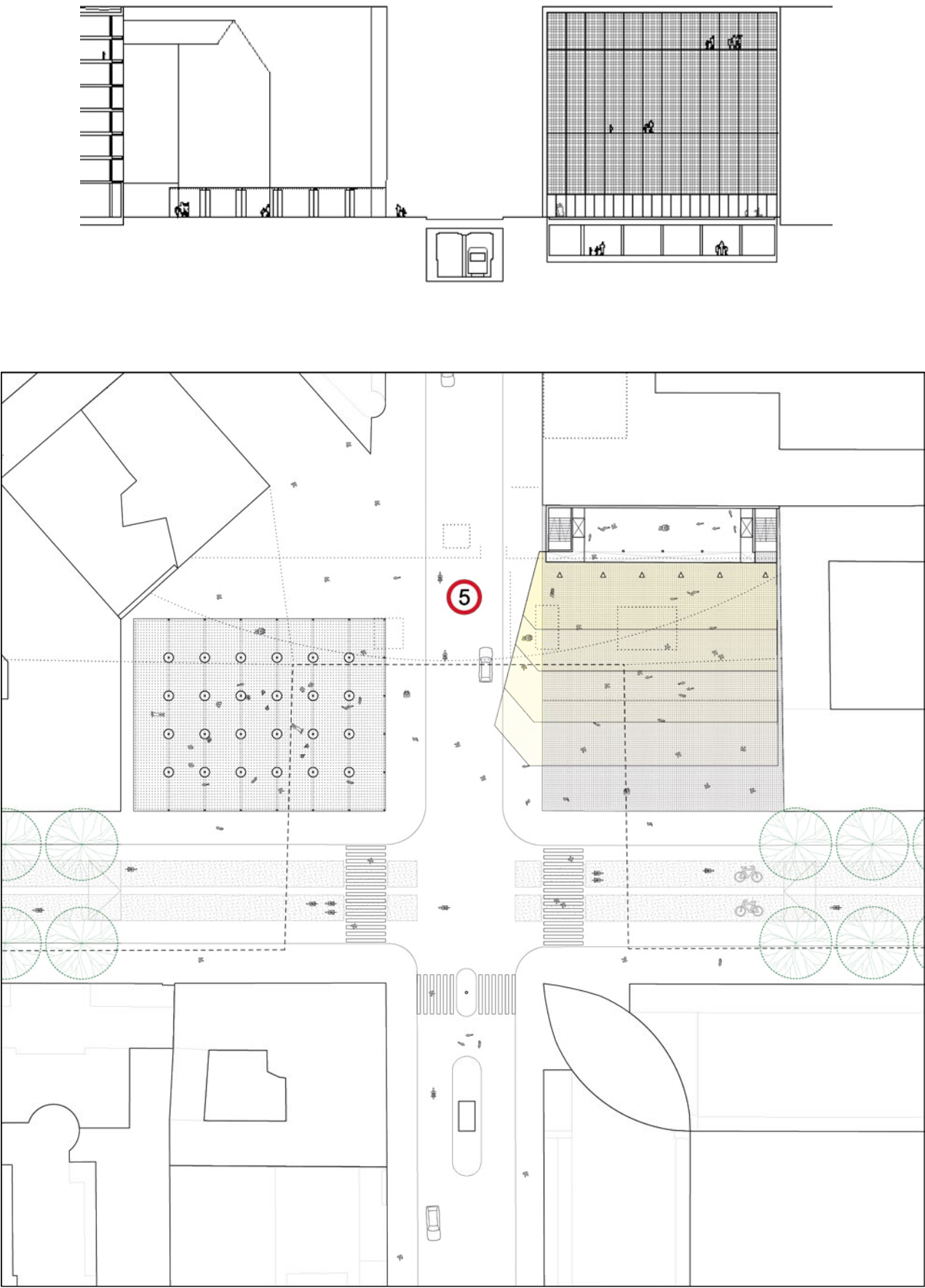


Abb. 34: Variante II, Schnitt, Ansicht, Blick Richtung Norden

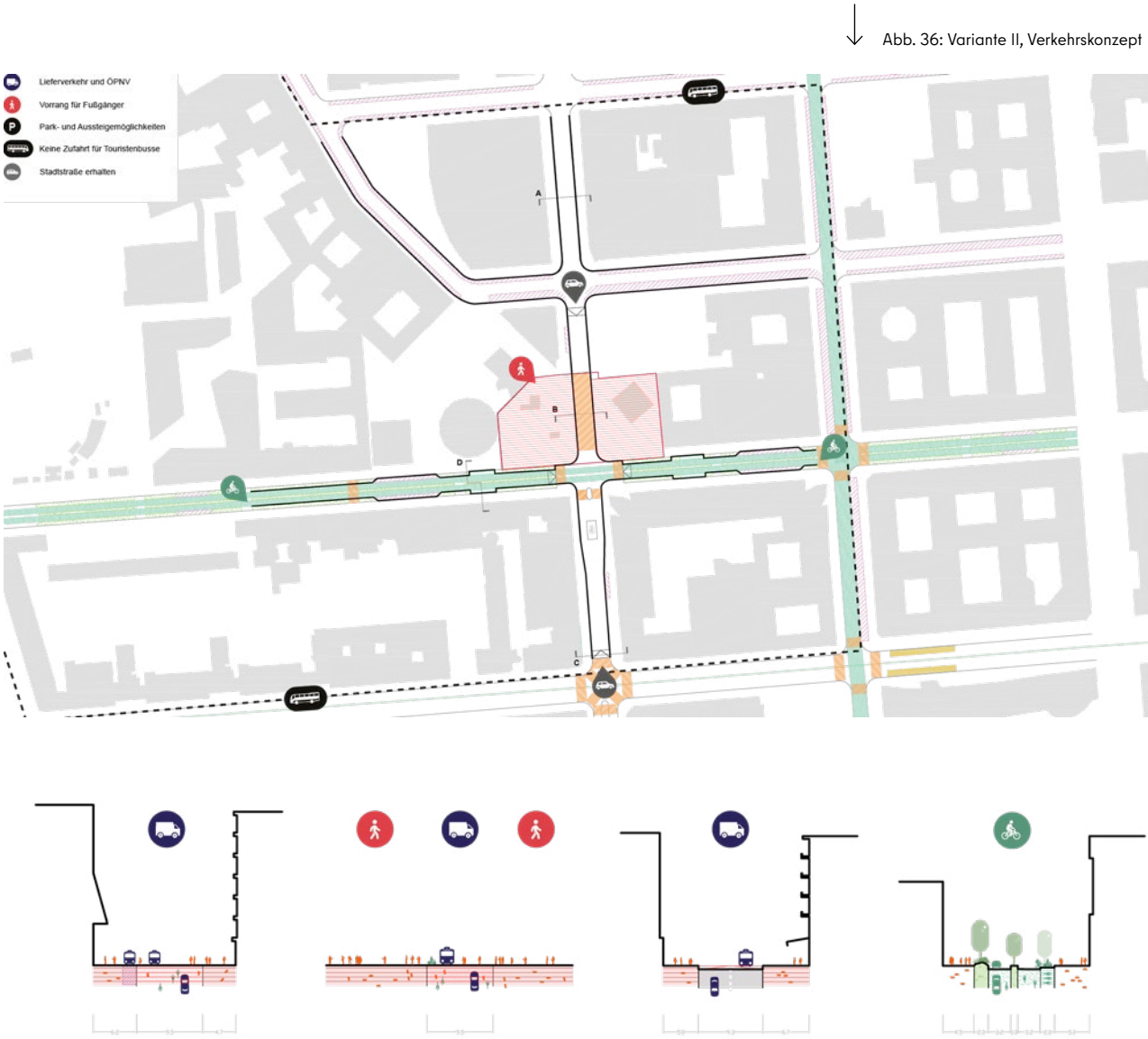


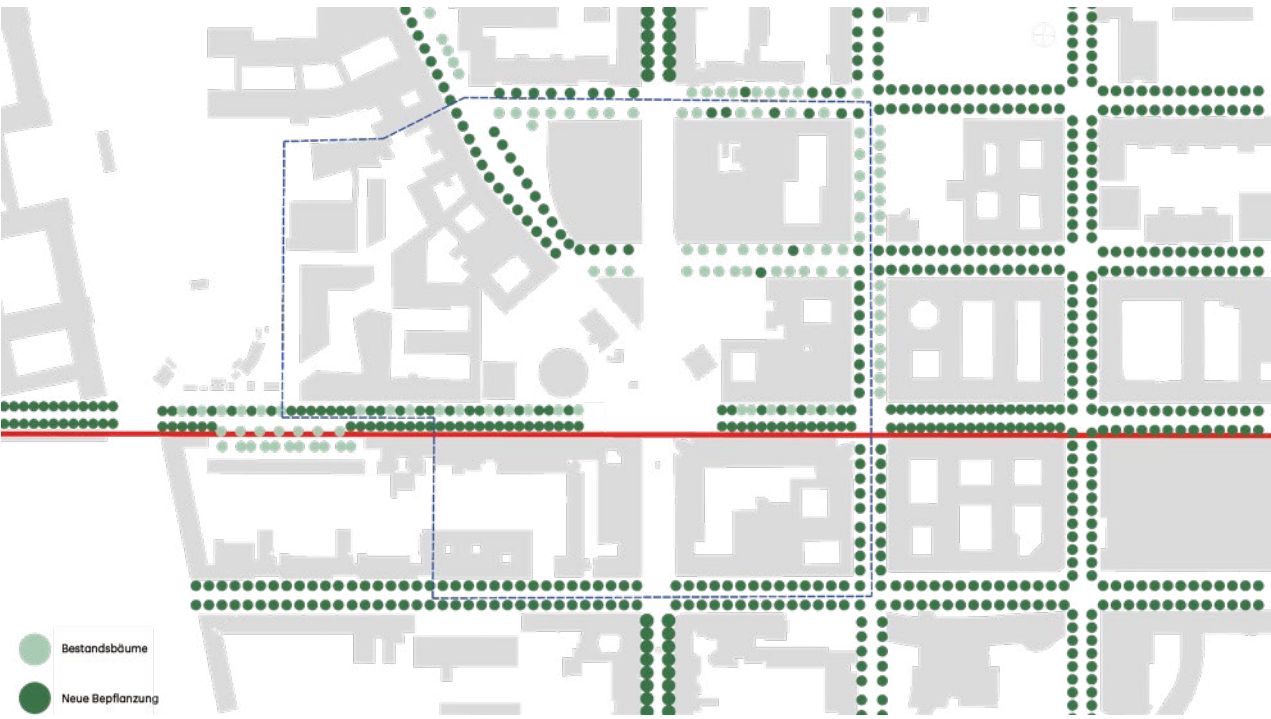
Abb. 36: Variante II, Verkehrskonzept



Abb. 37: Variante II, Straßenprofile



Abb. 35: Variante II, Lageplan



↑ Abb. 38: Variante II, Freiraum-konzept

BEWERTUNG VARIANTE II

1. Bildungs- und Erinnerungsort

Die Variante II wurde aus dem Szenario B weiterentwickelt. Sie sah einen scheibenförmigen Anbau an den nördlich angrenzenden Neubau vor, wodurch ein großzügiger Vorplatz entsteht. Die weitgehende Freihaltung des Ortes und der zurückhaltende Baukörper wurden allgemein als positiv bewertet. Auch die Möglichkeit, die Fassade des Bildungs- und Erinnerungsortes z.B. mit projizierten historischen Fotografien medial zu bespielen, wurde als wichtiger Impuls wahrgenommen.

2. Städtebau und Freiraum

Die Variante stützt die Idee, den Erinnerungsort als Leerstelle im Stadtraum zu bewahren. Als positiv wurde gewertet, dass hier schattenspendende Elemente im Bereich der Außenausstellung vorgeschlagen wurden. Als Defizit wurde die stärkere gestalterische Trennung des Stadtraumes beidseitig der Friedrichstraße wahrgenommen. Die Idee eines Tages- und Nachtkonzeptes durch ein einheitliches Beleuchtungskonzept wurde begrüßt und in die Leitlinien aufgenommen.

3. Neubaufassaden

Durch den direkten Anbau ergibt sich die Vorgabe an den Neubau, eine Brandwand auszubilden, was zu kontroversen Diskussionen führte. Eine Brandwand würde den größtmöglichen Spielraum für einen zukünftigen Bau für den Bildungs- und Erinnerungsort ermöglichen. In dieser Lösung wurde jedoch eine Einschränkung gesunder Wohnverhältnisse gesehen. Auch aus denkmalpflegerischer Sicht gab es aufgrund der mangelnden Unterscheidbarkeit zur historischen Brandwand starke Vorbehalte gegen eine komplett geschlossene Fassade. Sofern diese vorgeschrieben wird, der spätere Bildungs- und Erinnerungsort jedoch nicht angebaut wird, besteht das Risiko einer dauerhaften

Brandwand, die in Konkurrenz zur historischen Brandwand stehen könnte. Auch für die Möglichkeit einer künstlerischen Bespielung der Brandwand wurde zu bedenken gegeben, dass eine starke Inszenierung die Aufmerksamkeit von den historischen Brandwänden ablenken könnte oder gar den Eindruck erwecken könnte, es handle sich analog zur künstlerischen Gestaltung der Berliner Mauer an der East Side Gallery oder den Brandwänden an der Bernauer Straße um ein historisches Relikt. Als Kompromisslösung wurde in den Leitlinien unter anderem eine Anbaubarkeit bis 11 m sowie die Forderung nach einer zurückhaltenden visuellen Gestaltung vorgeschrieben – die in der Variante vorgeschlagene Bebauung durch eine Scheibe wurde damit ausgeschlossen.

4. Denkmalschutz

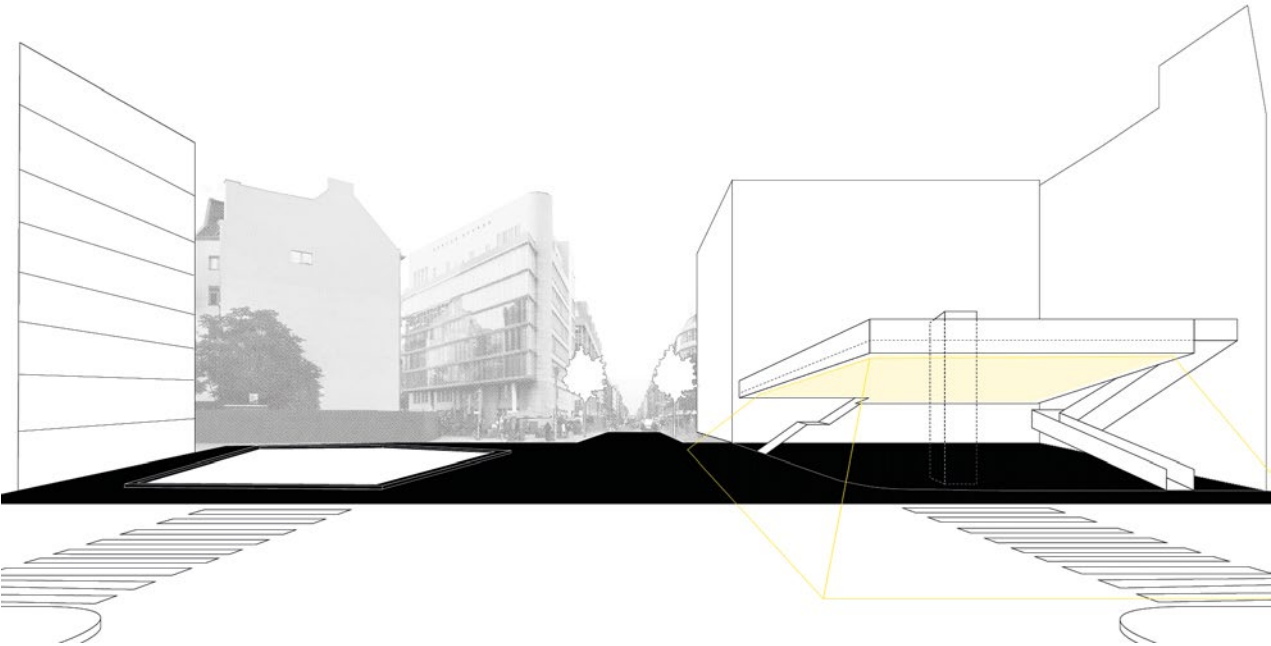
Die Positionierung des Baukörpers erlaubt die Integration der Bodendenkmäler und historischer Spuren, die Sicht auf die historischen Brandwände ist gewährleistet. Der Vorschlag den Baukörper etwa durch eine offene Treppenkonstruktion auf der Seite der denkmalgeschützten Brandwand leicht von dieser abzurücken, wurde begrüßt.

5. Verkehr

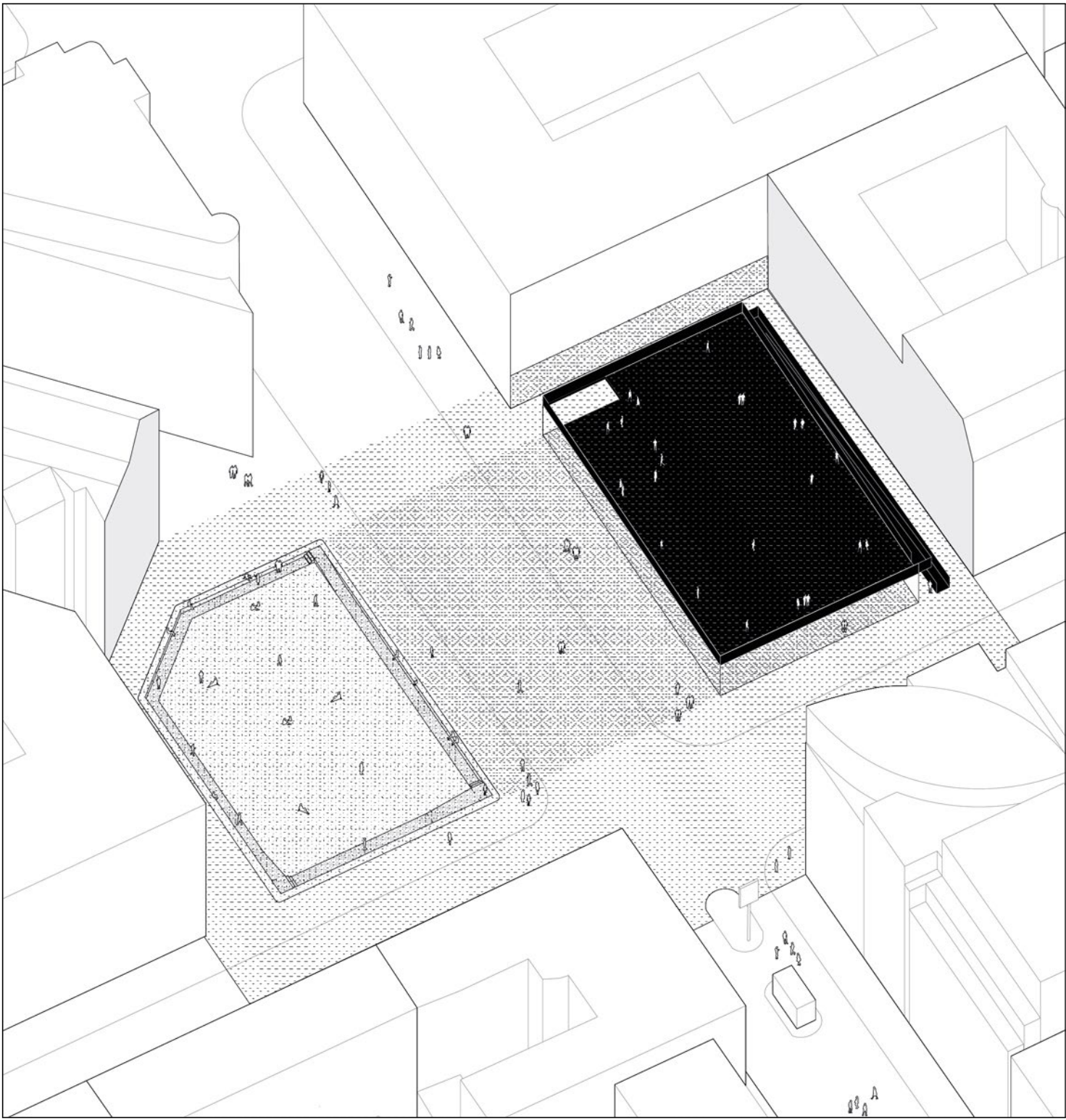
Das Verkehrskonzept der Variante II sieht eine verkehrsberuhigte Zone zwischen Rudi-Dutschke-Straße und Krausenstraße vor. Da die Stadtstraße dennoch bestehen bleibt, wurde die starke Trennung des Stadtraumes kritisiert und als nicht geeignet angesehen.

VARIANTE III

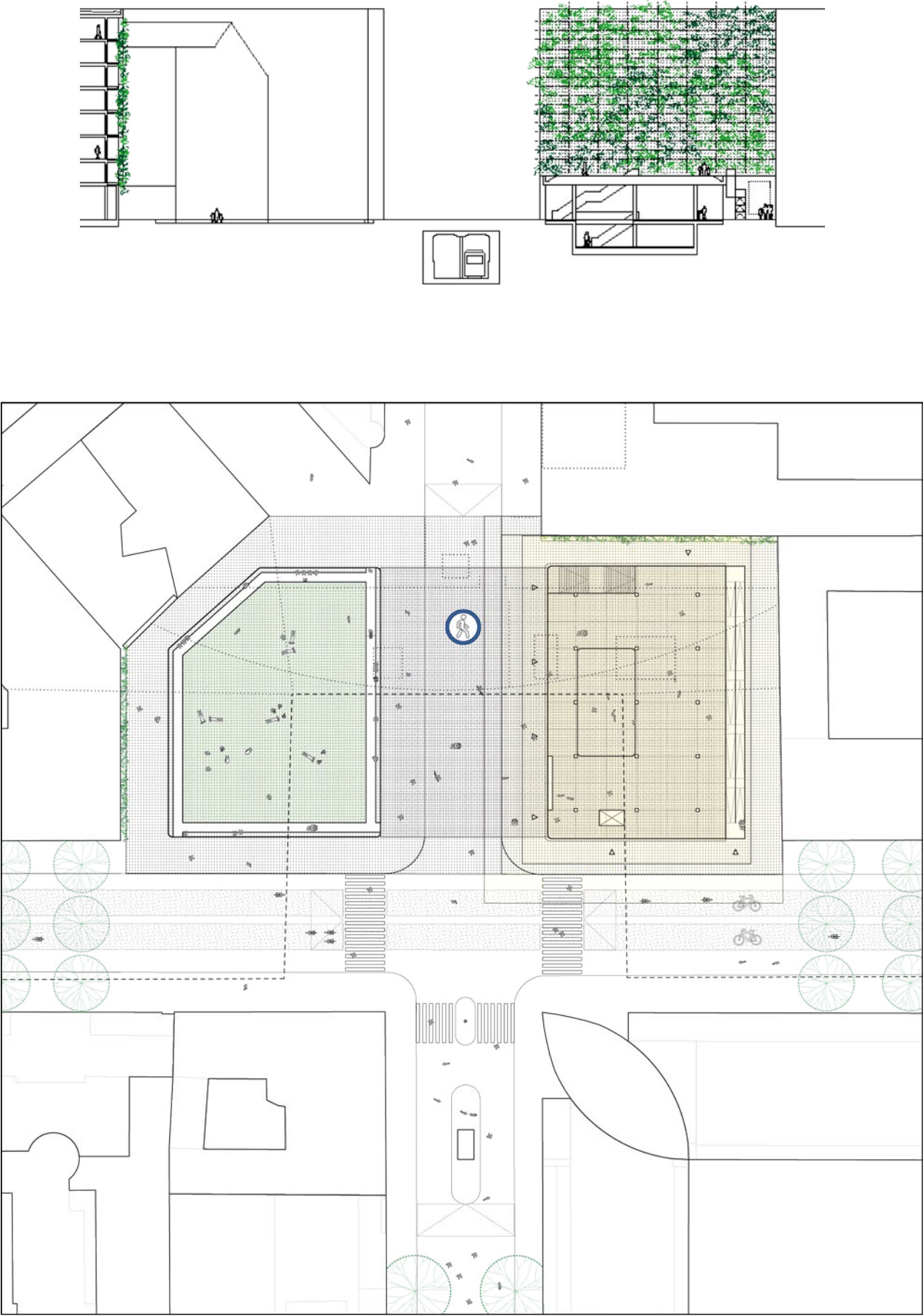
Variante III sieht einen eingeschossigen, transparenten Pavillon mit großzügigen Ausstellungs- und Seminarräumen vor. Die Dachfläche bildet eine Plattform und ermöglicht einen erhöhten Blick auf den Ort und das Ensemble der historischen Brandwände. Deren Brüstung, die Außenwände sowie die geschlossenen Sockelbereiche der Neubaufassaden werden in die Außenausstellung einbezogen. Die beiden Flächen beidseitig der Friedrichstraße bilden eine durchgängige Ebene ohne Straßenprofil. Sie werden als zusammenhängender erinnerungskultureller Stadtraum begriffen, der durch die denkmalgeschützten Brandwände und die Fassaden der Zimmerstraße gefasst wird.



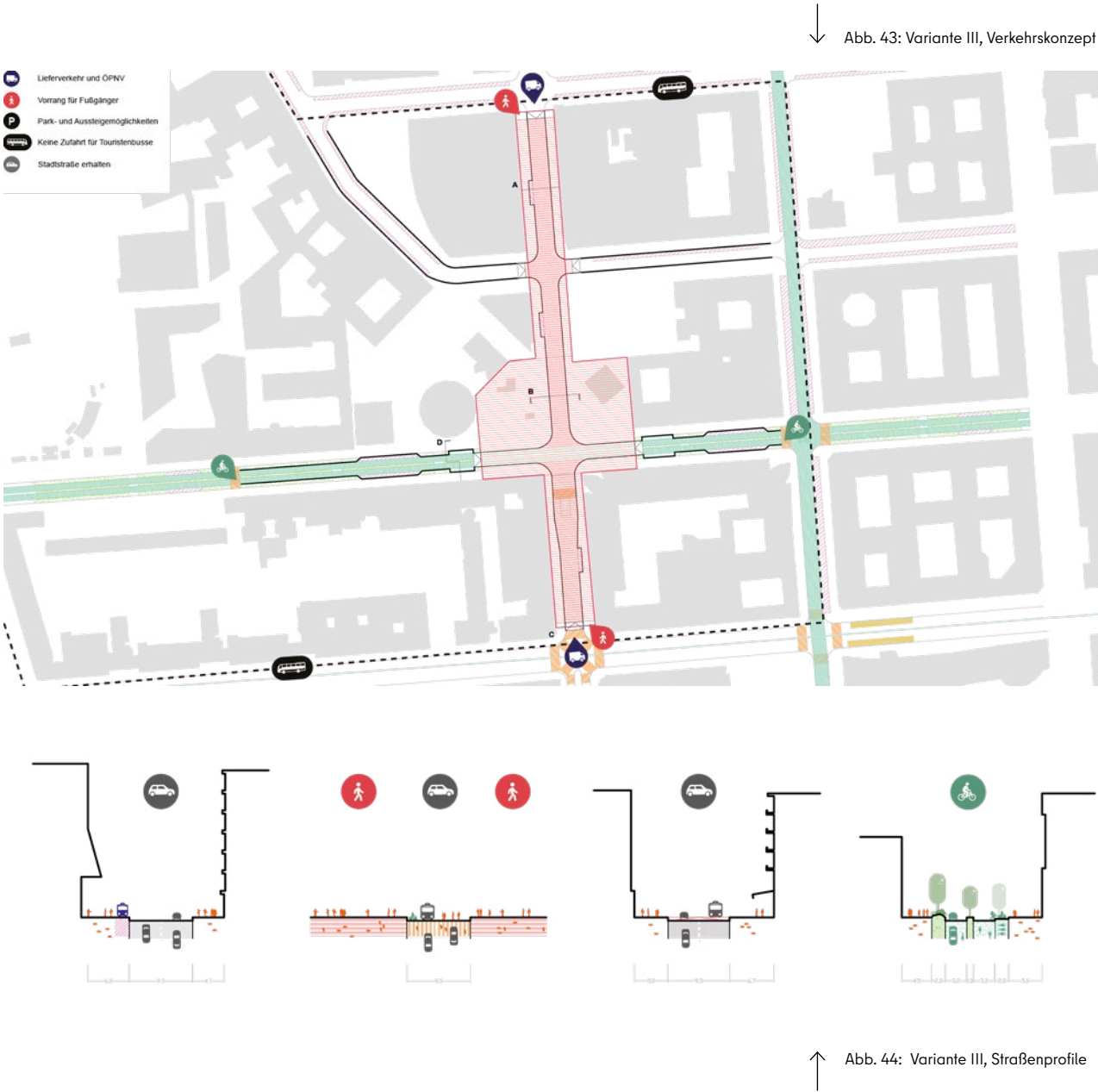
↑ Abb. 39: Variante III, Perspektive, Blick Richtung Norden



↑ Abb. 40: Variante III, Axonometrische Darstellung des Bildungs- und Erinnerungsortes



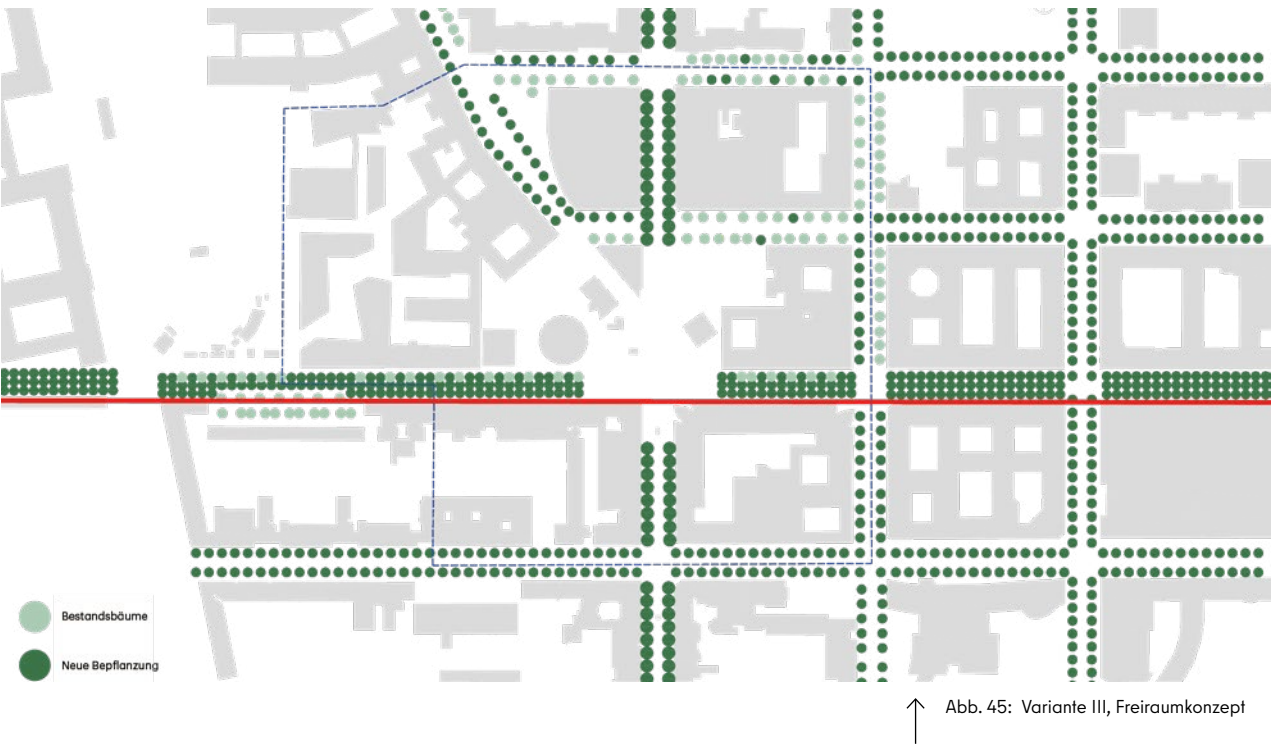
←
Abb. 41: Variante III, Schnitt, Ansicht, Blick Richtung Norden



←
Abb. 42: Variante III, Lageplan

↓
Abb. 43: Variante III, Verkehrskonzept

↑
Abb. 44: Variante III, Straßenprofil



BEWERTUNG VARIANTE III

1. Bildungs- und Erinnerungsort

Der vorgeschlagene plattformartige Bau wurde kontrovers diskutiert. Als Chance wurde gesehen, dass die Dachfläche eine Aussicht und eine veränderte Perspektive auf den Ort ermöglichen würde und gemeinsam mit den Sockelbereichen der Neubauten für die Außenausstellung genutzt werden könnte. Als Risiko wurde gesehen, dass eine derartig raumgreifende Bebauung der Gemeinbedarfsläche die Wahrnehmung des Stadtraumes als Leerstelle einschränken könnte und den gemeinsamen erinnerungskulturellen Stadtraum zu sehr fragmentieren würde.

2. Städtebau und Freiraum

Der Vorschlag, die Fassaden zu begrünen, wurde als eine mögliche Maßnahme für eine klimatische Anpassung der Stadt begrüßt. Auch die entsiegelte Grünfläche auf der westlichen Seite könnte einen wichtigen Beitrag gegen eine Überhitzung leisten, wurde allerdings in ihrer Funktionalität für einen derart stark frequentierten Stadtraum in Frage gestellt. Die in den Platz integrierten Sitzstufen wurden als positiv für die Aufenthaltsqualität des Ortes bewertet. Die Idee eine Tages- und Nachtkonzeptes durch ein einheitliches Beleuchtungskonzept wurde begrüßt und in die Leitlinien aufgenommen.

3. Neubaufassaden

Die Begrünung beider Neubaufassaden wurde als eine geeignete Möglichkeit gesehen, ein gegenüber dem Gedenkort zurückhaltendes Fassadenbild zu erreichen und zugleich wirkungsvolle Maßnahmen zur klimatischen An-

passung zu treffen. Eine Fassadenbegrünung wurde somit als Möglichkeit in die Leitlinien aufgenommen. Durch die Begrünung ist eine klare Unterscheidbarkeit von den denkmalgeschützten Brandwänden gewährleistet, zudem wird der Eindruck eines zusammenhängend gestalteten erinnerungskulturellen Stadtraums betont. Es ist jedoch sicherzustellen, dass die Art der Begrünung nicht der erinnerungskulturellen Gestaltung des Ortes entgegensteht. Die in der Variante vorgeschlagene Schließung der Sockelbereiche beider Neubauten und deren Einbeziehung in die Außenausstellung wurde begrüßt und für die Neubaufassade auf dem westlichen Grundstück in die Leitlinien aufgenommen.

4. Denkmalschutz

Die Variante sieht die Sichtbarmachung historischer Spuren durch Markierungen auch im Boden des Innenraums vor, allerdings ist die Integration von Bodendenkmälern je nach Anordnung der Räume und Untergeschosse deutlich eingeschränkt. Die Plattform ermöglicht eine neue Perspektive auf den Ort, vom Straßenraum ist die Sichtbarkeit der denkmalgeschützten Brandwände jedoch eingeschränkt. Zu bedenken ist, dass durch eine komplette Aufhebung der Niveauunterschiede zwischen Straße und Platzflächen der ursprüngliche Straßenverlauf verändert wird.

5. Verkehr

Eine weitgehende Verkehrsberuhigung durch Einrichtung einer reinen Fußgängerzone zwischen Rudi-Dutschke-Straße und Krausenstraße wurde begrüßt. Wie vorgeschlagen, muss dabei die Erreichbarkeit etwa für Anwohner und Lieferverkehr berücksichtigt werden. Die vorgeschlagene Ausnahmeregelung für den ÖPNV-Nachtbusverkehr wurde in die Leitlinien übernommen.

VARIANTENÜBERGREIFENDE GRUNDANNAHMEN

Freiraum

Als Leitidee für die Freiraumgestaltung wurde in allen drei Varianten allgemein davon ausgegangen, dass der Baumbestand der Friedrichstadt zukünftig im Sinne der Klimaanpassung verdichtet wird. Im Bereich des Erinnerungsortes wurden dagegen alternative Strategien der Klimaanpassung wie schattenspendende Elemente oder begrünte Fassaden vorgeschlagen und Baumpflanzungen bewusst ausgeschlossen. Durch diesen Kontrast bleibt die Dimension der ehemaligen Grenzanlagen als Zäsur im Stadtraum atmosphärisch erfahrbar. So wurde in den Varianten entweder der Bereich des zentralen Erinnerungsortes beidseitig der Friedrichstraße und bis zum ehemaligen US-Grenzposten von Baumpflanzungen ausgenommen (Variante 1), oder aber der gesamte Bereich von der Rudi-Dutschke-Straße bis zur Krausenstraße (Variante 2). Die Variante 3 betonte durch eine starke Bepflanzung den ehemaligen Mauerverlauf in der Zimmerstraße als „grüne Grenze“.

Verkehrskonzept

Breiten Konsens fand die Grundannahme einer Verkehrsberuhigung im Bereich der ehemaligen Grenzübergangsstelle. Sie knüpft dabei an bestehenden Konzepten für ein neues Mobilitätskonzept der gesamten Friedrichstraße an. Insbesondere ein Fernhalten der Reisebusse aus dem zentralen Bereich des Bildungs- und Erinnerungsortes wurde als alternativlos angesehen und wurde in die Leitlinien aufgenommen. In den drei Varianten wurden verschiedene Möglichkeiten vorgestellt, von einer Shared Surface mit Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer (Variante 1) über eine Verkehrsberuhigung durch eine verengte Fahrbahn (Variante 2) bis hin zu einer vollständigen Fußgängerzone (Variante 3). Welche Maßnahmen am geeignetsten sind, soll ein in den Leitlinien vorgeschriebenes verkehrliches Gutachten klären.

Impressum

Herausgeberin
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
Fehrbelliner Platz 4
10707 Berlin
www.stadtentwicklung.berlin.de

Inhalte und Bearbeitung
Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung Bauen und Wohnen
Referat II D Architektur, Stadtgestaltung, Wettbewerbe
Fehrbelliner Platz 4
10707 Berlin

Redaktion und Grafik
Zebralog GmbH
Oranienburger Str. 87
10178 Berlin

Planungsgrafiken
Heide & von Beckerath
Kantstraße 152
10623 Berlin

Fotos
Andrew Alberts im Rahmen der Bestandsaufnahme
beauftragt von Heide & von Beckerath

Berlin, Dezember 2023

